

JAN-HENDRIK SEIFER

Ausländische Mobiliar-
kreditsicherungsrechte
im inländischen Rechts-
verkehr

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

442

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann



Jan-Hendrik Seifer

Ausländische Mobiliarkreditsicherungsrechte im inländischen Rechtsverkehr

Eine kollisionsrechtliche, rechtsvergleichende und
unionsrechtliche Untersuchung
am Beispiel schwedischer Kreditsicherungsrechte

Mohr Siebeck

Jan-Hendrik Seifer, geboren 1985; Studium der Rechtswissenschaften und Begleitstudium im Europäischen Recht an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und an der Universität Lund, Schweden; 2011 Erstes Juristisches Staatsexamen; Referendariat am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg; 2017 Zweites Juristisches Staatsexamen; 2018 Promotion; seit 2017 als Rechtsanwalt in Hamburg tätig.

ISBN 978-3-16-158246-2 / eISBN 978-3-16-158247-9

DOI 10.1628/978-3-16-158247-9

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von epline in Böblingen gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nägele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

*Meinen Eltern
Berthold und Annette*

Vorwort

Die Dissertation wurde an der Universität Hamburg und im Rahmen eines mehrmonatigen Forschungsaufenthalts als Gast am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht im Zeitraum von Dezember 2011 bis April 2018 angefertigt. Literatur, Rechtsprechung und Gesetzesmaterialien wurden bis zum Stand Januar 2018 berücksichtigt. Das Manuskript für die Druckfassung datiert aus dem Oktober 2019.

Mein Dank gilt in erster Linie meiner Doktormutter, Frau Prof. Dr. Bettina Heiderhoff, für die langjährige Begleitung, Unterstützung und hervorragende Betreuung des Dissertationsvorhabens. Dank gilt des weiteren Herrn Prof. Dr. Peter Mankowski für die Annahme des Dissertationsthemas und für die Erstellung des Zweitgutachtens. Des Weiteren bedanke ich mich bei Frau Prof. Dr. Franziska Weber, LL.M. für die Abnahme der mündlichen Prüfung.

Mein Dank gilt darüber hinaus dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht für die Annahme der Dissertation in dieser Schriftenreihe und für den Zugang zur Infrastruktur und zu der Bibliothek des Instituts. Ferner bedanke ich mich herzlich bei den Mitarbeitern des Instituts, insbesondere der Bibliothek sowie der Abteilung Redaktionen, für die Unterstützung und Hilfe bei der Literaturrecherche und bei der Erstellung des Manuskripts für die Drucklegung. Ohne die hervorragende Infrastruktur des Instituts und ohne die Unterstützung seiner Mitarbeiter wäre die Erstellung der Dissertation in der vorliegenden Form nicht möglich gewesen.

Danken möchte ich ferner den Herren Dr. h. c. Michael Kubenz und Thomas Bellersheim für die bereitwillige Auskunft zur gelebten Praxis in der Branche des Straßentransports. Für die Vermittlung dieser Kontakte danke ich Hans-Georg Krämer und Valerie Hofmann.

Finanziell hat die Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung diese Arbeit mit einem großzügigen Druckkostenzuschuss gefördert. Dafür bedanke ich mich herzlich.

Herzlich danken möchte ich weiter meinen guten Freunden Dr. Christoph Ludwig und Oliver Hofmann für die Lektüre und die Korrektur der Dissertation sowie für zahlreiche wertvolle Anregungen und fachliche Diskussionen.

Mein Dank gilt ferner allen meinen Freunden, die mich auf dem langen Weg bis zur Fertigstellung der Dissertation in unterschiedlicher Form unterstützt

haben; darunter insbesondere Magdalena Soltau, Dr. Christian Steger, Friedrich Goecke, Kersten Sander, Daniel Artmann und Dr. Jens Wagner.

Meiner Freundin, Christin Stindt, danke ich für die Liebe und Zuwendung, die mich auf dem letzten Stück des Weges während der Veröffentlichung dieser Arbeit stets begleitet haben.

Ein ganz großer Dank gilt schließlich meinen Eltern, Dr. Berthold Seifer und Annette Seifer, die mir die Erstellung der Dissertation erst ermöglicht haben. Ihre und die bedingungslose Unterstützung meiner Geschwister, Friederike Terpstra und Anne-Sophie Seifer, war maßgebend für das Gelingen des Dissertationsvorhabens. Meinen Eltern ist diese Arbeit in tiefer Dankbarkeit gewidmet.

Hamburg, April 2020

Jan-Hendrik Seifer

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
1. Teil: Einleitung	1
<i>1. Kapitel: Die Bedeutung der Mobiliarkreditsicherungsrechte für die Kreditvergabe</i>	1
<i>2. Kapitel: Problemaufriss: Die kollisionsrechtliche Problematik des conflict mobile</i>	4
<i>3. Kapitel: Problemaufriss: Die unionsrechtliche Problematik des Konflikts der lex rei sitae und der Grundfreiheiten</i>	10
<i>4. Kapitel: Methodik und Eingrenzung der Thematik</i>	20
2. Teil: Kollisionsrecht – Die Integration ausländischer besitzloser Mobiliarsicherheiten im deutschen Recht	27
<i>1. Kapitel: Qualifikation – Die Abgrenzung der sachenrechtlichen lex rei sitae-Regel von der verfahrensrechtlichen lex fori-Regel</i>	27
<i>2. Kapitel: Das Gesetz als Grundlage der Integration von ausländischen Mobiliarsicherungsrechten im deutschen Recht – Art. 43 Abs. 2 EGBGB</i>	60
<i>3. Kapitel: Die Rechtsprechung deutscher Gerichte zum conflict mobile</i> ...	65
<i>4. Kapitel: Wissenschaftliche Lösungsansätze für die Wirkung ausländischer dinglicher Rechte im Inland</i>	105
3. Teil: Rechtsvergleichung – Die Integration schwedischer Mobiliarsicherungsrechte in der deutschen Rechtsordnung	151
<i>1. Kapitel: Rechtsvergleichende Übersicht</i>	151
<i>2. Kapitel: Die Integration schwedischer besitzloser Mobiliarsicherungsrechte in der deutschen Rechtsordnung im Einzelnen</i> ..	163

4. Teil: Unionsrecht – Die Grundfreiheiten und der <i>conflit mobile</i> ..	287
1. Kapitel: Problemaufriss – Der <i>conflit mobile</i> im Kontext des europäischen Binnenmarktes	287
2. Kapitel: Dogmatischer Ansatz: <i>Lex rei sitae</i> versus Grundfreiheiten? ..	289
3. Kapitel: Der <i>conflit mobile</i> und die Kapitalverkehrsfreiheit nach Art. 63 Abs. 1 AEUV	296
4. Kapitel: Der <i>conflit mobile</i> und die Warenverkehrsfreiheit nach Art. 34 ff. AEUV	374
5. Kapitel: Ergebnis	378
5. Teil: Zusammenfassung und Ergebnis	379
1. Kapitel: Kollisionsrecht	379
2. Kapitel: Rechtsvergleichung	380
3. Kapitel: Unionsrecht	382
Entscheidungsverzeichnis	393
Materialien- und Normenverzeichnis	401
Literaturverzeichnis	405
Sachverzeichnis	417

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXI
1. Teil: Einleitung	1
<i>1. Kapitel: Die Bedeutung der Mobiliarkreditsicherungsrechte für die Kreditvergabe</i>	1
A. Formale Einordnung: Mobiliarkreditsicherungsrechte als Realsicherheiten	1
B. Kreditsicherungsrechte an Straßentransportmitteln	3
<i>2. Kapitel: Problemaufriss: Die kollisionsrechtliche Problematik des conflict mobile</i>	4
A. Der Belegenheitsort als Anknüpfungsmoment	4
B. Der Konflikt des sachenrechtlichen Prinzips des <i>numerus clausus</i> mit ausländischen dinglichen Rechten	5
I. Der Statutenwechsel im Kontext des Rechtsbestands- und des Rechtswirkungsstatuts	5
II. Dogmatische Einordnung: Konstellationen des <i>conflict mobile</i>	7
1. Schlichter Statutenwechsel	7
2. Qualifizierter Statutenwechsel	9
3. Fazit	9
<i>3. Kapitel: Problemaufriss: Die unionsrechtliche Problematik des Konflikts der lex rei sitae und der Grundfreiheiten</i>	10
A. Die Grundfreiheiten des AEUV	10
I. Formal-rechtliche Einordnung	10
1. Kategorisierung	10
2. Unmittelbare Wirkung	11
3. Normativer Rang/Vorrang des Unionsrechts	13
a) Vorrang vor dem nationalen einfachgesetzlichen Recht	13
b) Vorrang vor dem EU-Sekundärrecht	15
II. Inhaltliche Gewährleistung	15
1. Subjektive Rechte	15

2. Konvergenz der Grundfreiheiten: Diskriminierungs- und Beschränkungsverbot	16
B. Problem: Die Geltung der <i>lex rei sitae</i> für Kreditsicherheiten an Straßenverkehrsmitteln	17
I. Das Recht des Herkunftsstaates für Verkehrsmittel nach Art. 45 Abs. 1 EGBGB	17
II. Das Recht des Belegenheitsortes für Straßenverkehrsmittel nach Art. 43 Abs. 1 EGBGB	18
III. Kollision der <i>lex rei sitae</i> und der Grundfreiheiten	19
4. Kapitel: Methodik und Eingrenzung der Thematik	20
A. Methodik	20
B. Eingrenzung der Thematik	21
I. Rechtsvergleichung	21
1. Umfang	21
2. Dingliche Ansprüche auf Nutzungs- und Schadensersatz und Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung bei Verfügung des Nichtberechtigten	21
3. Schuldrechtliche Ausgleichsansprüche nach Abschluss des Zwangsvollstreckungsverfahrens	22
a) Deutsches Recht	22
b) Schwedisches Recht	23
c) Zusammenfassung	24
aa) Der Sinn und Zweck von Ausgleichsansprüchen	24
bb) Die Qualifikation als schuldrechtliche Ansprüche	25
4. Sanierungspläne in der Insolvenz	25
II. Unionsrecht	26
2. Teil: Kollisionsrecht – Die Integration ausländischer besitzloser Mobiliarsicherheiten im deutschen Recht	27
1. Kapitel: Qualifikation – Die Abgrenzung der sachenrechtlichen <i>lex rei sitae</i> -Regel von der verfahrensrechtlichen <i>lex fori</i> -Regel	27
A. Problemstellung	27
B. Zwangsvollstreckung	28
I. Qualifikation – Rechtswirkungen als Prozessrecht	28
1. Wortlaut	29
a) Drittwiderspruchsklage	29
b) Klage auf vorzugsweise Befriedigung	30
2. Systematik	30
3. Historie	30
4. Schlussfolgerung	31
II. Der Rechtsbestand als sachenrechtliche Vorfrage	32
III. Der Gleichlauf der <i>lex fori</i> und der <i>lex rei sitae</i>	33

C. Insolvenz	34
I. Qualifikation der Rechtswirkungen	34
II. Der Rechtsbestand als sachenrechtliche Vorfrage	35
1. Wortlaut	36
a) Recht auf Aussonderung	36
b) Recht auf abgesonderte Befriedigung	36
2. Systematik	36
3. Historie	37
4. Ergebnis	37
III. Der Gleichlauf der <i>lex fori concursus</i> und der <i>lex rei sitae</i>	37
1. Hauptinsolvenzverfahren	38
a) Ausnahmen vom Anwendungsbereich für dingliche Rechte	38
aa) Art. 8 EuInsVO und Art. 10 EuInsVO als Ausnahmetatbestände	38
(1) Art. 8 EuInsVO und Art. 10 EuInsVO als Sachnormen	39
(2) Art. 8 EuInsVO und Art. 10 EuInsVO als Kollisionsnormen	41
(3) Ergebnis	41
bb) Autonome Auslegung des Begriffes „dingliches Recht“ nach Art. 8 Abs. 1 EuInsVO	41
cc) Sicherungseigentum	42
dd) Sicherungsrechte an Unternehmen/ <i>företagshypotek</i>	43
ee) Der „Eigentumsvorbehalt“ nach Art. 10 Abs. 1 EuInsVO	43
(1) Doktrin	45
(2) Eigener Ansatz: Verlängerter Eigentumsvorbehalt	47
(a) Wortlaut	49
(b) Teleologie	49
(c) Systematik	50
(d) Rechtsvergleichung	52
(e) Ergebnis	53
(3) Eigener Ansatz: Erweiterter Eigentumsvorbehalt	54
(a) Wortlaut	55
(b) Teleologie	55
(c) Systematik	55
(d) Rechtsvergleichung	56
ff) Ergebnis	56
b) Die Rückführungsbefugnis des Insolvenzverwalters	56
aa) Der Gleichlauf der <i>lex rei sitae</i> und der <i>lex fori concursus</i>	56
bb) Ausnahme für Sachen mit Aussonderungsrecht?	57
2. Partikular- und Sekundärinsolvenzverfahren	58
3. Ergebnis	58
D. Fazit	59

<i>2. Kapitel: Das Gesetz als Grundlage der Integration von ausländischen Mobiliarsicherungsrechten im deutschen Recht – Art. 43 Abs. 2 EGBGB</i>	60
A. Streitstand	60
B. Regelungsgehalt: Die Spaltung des Sachstatuts	61
I. Wortlaut	61
II. Historie und Systematik	61
C. Regelungsgehalt: Die Integration von fremden dinglichen Rechten	62
I. Wortlaut	62
II. Historie	62
III. Teleologie	64
D. Grenzen der Integration	64
<i>3. Kapitel: Die Rechtsprechung deutscher Gerichte zum conflict mobile</i> ...	65
A. Gesichertes Eigentum	65
I. Der Eigentumsvorbehalt nach englischem Recht (OLG Hamburg, Urteil vom 2. Juni 1965 – Az. 5 U 101/64)	65
1. Sachverhalt	65
2. Entscheidung	66
II. Der italienische relativ wirkende Eigentumsvorbehalt/ „Strickmaschinenfall“ (BGH, Urteil vom 2. Februar 1966 – Az. VIII ZR 153/64)	67
1. Sachverhalt	67
2. Entscheidung	67
3. Kritik	68
a) Qualifikation	68
b) Fehlende Interessenabwägung	69
c) Unmöglichkeit der Rückübertragung	71
d) Keine Rechtswahl	71
III. Der belgische Eigentumsvorbehalt an Drahterzeugnissen (OLG Koblenz, Urteil vom 23. Dezember 1988 – Az. 2 U 809/87)	72
1. Sachverhalt	72
2. Entscheidung	72
IV. Der Eigentumsvorbehalt an Textilprodukten (OLG Hamm, Urteil vom 13. Juli 1989 – Az. 5 U 46/89)	73
1. Sachverhalt	73
2. Entscheidung	74
3. Kritik	74
V. Der Eigentumsvorbehalt an einer holländischen Yacht (OLG Koblenz, Urteil vom 16. Januar 1992 – Az. 5 U 534/91)	76
1. Sachverhalt	76
2. Entscheidung	76
3. Kritik	76

VI. Der verlängerte Eigentumsvorbehalt an Baumaterial (LG Köln, Urteil vom 24. März 1992 – Az. 27 O 276/91)	78
1. Sachverhalt	78
2. Entscheidung	78
3. Kritik	79
B. Registerpfandrechte	80
I. Das französische Registerpfandrecht an einem LKW (BGH, Urteil vom 20. März 1963 – Az. VIII ZR 130/61)	80
1. Sachverhalt	80
2. Entscheidung	80
II. Das US-amerikanische Registerpfandrecht („mortgage“) an einem Privatflugzeug (BGH, Urteil vom 7. Oktober 1991 – Az. II ZR 252/90)	81
1. Sachverhalt	81
2. Entscheidung	81
3. Kritik	82
a) Die Vorschriften des LuftFzgAbk als Kollisionsnormen	82
b) Im Übrigen: Keine Bedeutung für ein allgemeines Anerkennungskriterium über den konkreten Einzelfall hinaus ...	83
c) Fazit	84
C. Verbriefte Rechte an Kraftfahrzeugen	85
I. Die italienische Autohypothek (BGH, Urteil vom 11. März 1991 – Az. II ZR 88/90)	85
1. Sachverhalt	85
2. Entscheidung	85
3. Kritik	86
a) Kriterien für funktionale Äquivalenz	86
b) Der gutgläubige Erwerb	88
c) Fazit	88
II. Das US-amerikanische besitzlose Pfandrecht an einem Kraftfahrzeug (OLG Karlsruhe, Urteil vom 6. Juli 2000 – Az. 9 U 159/99)	88
1. Sachverhalt	88
2. Entscheidung	89
3. Kritik	89
a) Die Theorie der vollen Transposition	89
b) Keine Unterscheidung zwischen den Wirkungen von gesichertem Eigentum und dem Pfandrecht	90
aa) Die italienische Autohypothek	90
bb) Das US-amerikanische Pfandrecht an einem Kraftfahrzeug ..	91
c) Fazit	93
D. Sonstige besitzlose dingliche Sicherungsrechte	94
I. Das US-amerikanische <i>maritime lien</i> (LG Bremen, Urteil vom 2. April 1959 – Az. O Nr. 356/58)	94
1. Sachverhalt	94
2. Entscheidung	94

3. Kritik	95
II. Das schweizerische Lösungsrecht des gutgläubigen Erwerbers abhanden gekommener Sachen (BGH, Urteil vom 8. April 1987 – Az. VIII ZR 211/86)	96
1. Sachverhalt	96
2. Entscheidung	96
III. Venezolanische Schiffspfandrechte (BGH, Urteil vom 21. Januar 1991 – Az. II ZR 50/90)	97
1. Sachverhalt	97
2. Entscheidung	98
3. Kritik	98
E. Beschränkte dingliche Sicherungsrechte mit unmittelbarem Besitz	98
I. Das englische <i>lien</i> (LG München, Urteil vom 24. Juli 1957 – Az. 11 Q 32/57)	98
1. Sachverhalt	98
2. Entscheidung	99
II. Das schweizerische Faustpfandrecht (OLG Frankfurt, Urteil vom 21. Januar 1993 – Az. 6 U 129/91)	101
1. Sachverhalt	101
2. Entscheidung	101
III. Das englische Pfandrecht an Schmuck (OLG Koblenz, Urteil vom 5. Februar 1993 – Az. 2 U 338/89)	102
1. Sachverhalt	102
2. Entscheidung	102
F. Fazit	103
<i>4. Kapitel: Wissenschaftliche Lösungsansätze für die Wirkung ausländischer dinglicher Rechte im Inland</i>	105
A. Die Theorie vom <i>effet de purge</i>	105
I. Inhalt	105
II. Methodik/Rechtstechnischer Lösungsansatz	106
B. Die Theorie der Transposition	106
I. Inhalt	106
II. Methodik/Rechtstechnischer Lösungsansatz	107
C. Die Theorie der selektiven Transposition	107
I. Inhalt	107
II. Methodik/Rechtstechnischer Lösungsansatz	108
D. Die Anerkennungs- oder auch Hinnahmetheorie	109
I. Inhalt	109
II. Grenzen	110
III. Methode/Rechtstechnischer Lösungsansatz	112
1. Substitution	112
a) Methode und Abgrenzung	112
aa) Methode	112

bb) Abgrenzung	113
b) Inhalt	114
2. Anpassung/ Angleichung	116
a) Methode	116
aa) Allgemeines	116
bb) Die Anwendung der <i>lex fori</i>	116
cc) Die Schaffung neuer Sachnormen	117
dd) Die modifizierte Anwendung des Kollisionsrechts	118
ee) Die modifizierte Anwendung des Sachrechts	118
b) Inhalt	119
aa) Anpassung durch die modifizierte Anwendung des Sachrechts	119
(1) Auswahl der anzupassenden Rechtsordnung	119
(2) Inhaltliche Ausgestaltung der materiellrechtlichen Anpassung	121
(a) Bildung von Mischrecht	121
(b) Ausgleich der Rechtsordnungen durch praktische Konkordanz	122
(c) Entsprechende Rechtsanwendung	122
(3) Analogie als Mittel der materiellrechtlichen Anpassung ..	124
(a) Sinn und Zweck	124
(b) Voraussetzungen der Analogie	124
(4) Grenzen der materiellrechtlichen Anpassung	125
(a) Praktische Grenzen	125
(b) Rechtspolitische Grenzen – <i>ordre public</i>	126
(aa) Abgrenzung der Anpassung vom <i>ordre public</i> ..	126
(bb) Verhältnis der Anpassung zum <i>ordre public</i>	127
(c) Zusammenfassung	128
bb) Anpassung durch die modifizierte Anwendung des Kollisionsrechts	128
cc) Wahl zwischen der materiellrechtlichen und der kollisionsrechtlichen Anpassung	129
E. Keine Wirkung ausländischer Rechte im Inland	131
F. Die funktionale Äquivalenz dinglicher Rechte	131
I. Anerkennungs-/Hinnahmetheorie	131
II. Theorie der (selektiven) Transposition	133
III. Theorie vom <i>effet de purge</i>	134
IV. Stellungnahme	135
1. Konkret-individuelle Äquivalenz	135
2. Vergleich anhand rechtlicher Strukturen	136
3. Begründungsvoraussetzungen und Wirkungen als Vergleichsmaßstab	137
a) Wirkungen als Vergleichsmaßstab	137
b) Begründungsvoraussetzungen als Vergleichsmaßstab	138

c) Begründungsvoraussetzungen und Wirkungen als Vergleichsmaßstab	139
aa) Rechtsprechung	139
(1) Beurkundungsrecht	139
(a) Entscheidung	139
(b) Stellungnahme	140
(2) Prozessrecht	141
(a) Entscheidung	141
(b) Stellungnahme	142
(3) Namensrecht	142
(a) Entscheidung	142
(b) Stellungnahme	142
(4) Fazit	143
bb) Rechtsdogmatik – Das Beispiel des dinglichen Lösungsrechts nach schwedischem Recht	143
cc) Rechtsdogmatik – Trennung von Rechtsbestands- und Rechtswirkungsstatut	146
dd) Ergebnis	147
G. Fazit	148
I. Vergleich der Theorien	148
II. Kritik	149
3. Teil: Rechtsvergleichung – Die Integration schwedischer Mobiliarsicherungsrechte in der deutschen Rechtsordnung	151
<i>1. Kapitel: Rechtsvergleichende Übersicht</i>	151
A. Deutsches Mobiliarkreditsicherungsrecht: Arten besitzloser Mobiliarsicherungsrechte	151
I. Eigentumsvorbehalt	151
II. Sicherungseigentum	153
III. Sonstige besitzlose Mobiliarsicherungsrechte – Schiffshypothek und Registerpfandrecht an Luftfahrzeugen	154
B. Schwedisches Mobiliarkreditsicherungsrecht: Arten besitzloser Mobiliarsicherungsrechte	156
I. <i>Åganderättsförbehåll/ Återtagandeförbehåll</i>	156
II. <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	157
1. Dingliches Recht nach Art. 43 EGBGB	157
2. Bedeutung der <i>säkerhetsöverlåtelse</i> für den Rechts- und Wirtschaftsverkehr	159
III. <i>Företagshypotek</i>	161
<i>2. Kapitel: Die Integration schwedischer besitzloser Mobiliarsicherungsrechte in der deutschen Rechtsordnung im Einzelnen</i> ..	163
A. Gang der Darstellung	163

I.	Untersuchungsgegenstand: Wirkung ausländischer besitzloser Mobiliarsicherungsrechte im allgemeinen Rechtsverkehr, in der Zwangsvollstreckung und in der Insolvenz	163
II.	Methodik	165
	1. Rechtliche Grundlage für die Integration ausländischer Mobiliarsicherungsrechte	165
	a) Gesetz	165
	b) Rechtsprechung	165
	c) Wissenschaft	166
	2. Beispielfälle	167
B.	<i>Äganderättsförbehåll</i>	169
I.	Begründungs-/Entstehungsvoraussetzungen	169
	1. <i>Äganderättsförbehåll</i>	169
	a) Allgemeine Voraussetzungen	169
	aa) Rechtlicher Kontext	169
	bb) Einigung	170
	cc) Übergabe	171
	b) Spezielle Voraussetzungen? – <i>Lag (1978:599) om avbetalningsköp mellan näringsidkare und Konsumentkreditlag (2010:1846)</i>	171
	2. Eigentumsvorbehalt nach deutschem Recht	173
	a) Rechtlicher Kontext	173
	b) Einigung	173
	c) Übergabe	175
	3. Vergleich	175
II.	Besondere Rechtsformen des Eigentumsvorbehalts	176
	1. <i>Äganderättsförbehåll</i>	176
	a) Erweiterter Eigentumsvorbehalt	176
	b) Weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt	178
	c) Verlängerter Eigentumsvorbehalt	178
	aa) Unwirksamkeit des verlängerten Eigentumsvorbehalts	178
	bb) Kritik	180
	2. Eigentumsvorbehalt nach deutschem Recht	181
	a) Erweiterter Eigentumsvorbehalt	181
	b) Weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt	182
	c) Verlängerter Eigentumsvorbehalt	182
	3. Vergleich	183
III.	Wirkungen/ Schutz im allgemeinen Rechtsverkehr	184
	1. <i>Äganderättsförbehåll</i>	184
	2. Eigentumsvorbehalt nach deutschem Recht	185
	3. Vergleich/ Integration	188
	a) Einfacher Eigentumsvorbehalt	188
	aa) Substitutionsfähigkeit	188
	bb) Substituierbarkeit/ funktionale Äquivalenz	190

(1) Besitz	190
(2) Gutgläubigkeit	190
(3) Beweislast	192
(4) Zusammenfassung	192
b) Erweiterter und weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt	193
IV. Wirkungen/ Schutz in der Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Käufers	194
1. Äganderättsförbehäll	194
a) Kein Schutz gegen die Pfändung	194
b) Recht am Veräußerungserlös	197
2. Eigentumsvorbehalt nach deutschem Recht	198
3. Vergleich/ Integration	200
a) Einfacher Eigentumsvorbehalt	200
aa) Substitution	200
(1) Substitutionsfähigkeit	200
(2) Substituierbarkeit/ funktionale Äquivalenz	201
(a) Schutz gegen die Pfändung	201
(b) Schutz gegen den Rechtsverlust bei der Veräußerung ..	202
(c) Recht am Veräußerungserlös	202
(d) Zusammenfassung	203
bb) Anpassung	204
(1) Voraussetzungen	204
(2) Planwidrige Regelungslücke	204
(3) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	205
(4) Fazit	206
b) Erweiterter und weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt	206
V. Wirkungen/ Schutz in der Insolvenz des Käufers	207
1. Äganderättsförbehäll	207
a) Herausgaberecht	207
b) Schutz gegen den Rechtsverlust bei der Veräußerung	209
2. Eigentumsvorbehalt nach deutschem Recht	211
a) Aussonderungsrecht	211
b) Schutz gegen den Rechtsverlust bei der Veräußerung	212
3. Vergleich/ Integration	213
a) Einfacher Eigentumsvorbehalt	213
aa) Substitution	213
(1) Substitutionsfähigkeit	213
(2) Substituierbarkeit/ funktionale Äquivalenz	214
bb) Anpassung	215
(1) Planwidrige Regelungslücke	216
(2) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	216
b) Weitergeleiteter und erweiterter Eigentumsvorbehalt	217
aa) Weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt	217
bb) Erweiterter Eigentumsvorbehalt	218

(1) Substitution	218
(2) Anpassung	219
(a) Planwidrige Regelungslücke	219
(b) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	219
C. <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	221
I. Begründungs-/Entstehungsvoraussetzungen	221
1. <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	221
a) Einigung	221
b) Publizität – Keine Übergabe	222
2. Sicherungsübereignung nach deutschem Recht	223
3. Vergleich	224
a) Einigung	224
b) Publizität	225
c) Zusammenfassung	225
II. Besondere Rechtsformen der Sicherungsübereignung	226
1. <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	226
a) Sicherungsübereignung von Warenlagern/Bestimmtheit der Sicherungsgegenstände	226
b) Verlängerte Sicherungsübereignung	227
2. Sicherungsübereignung nach deutschem Recht	228
a) Sicherungsübereignung von Warenlagern/Bestimmtheit der Sicherungsgegenstände	228
b) Verlängerte Sicherungsübereignung	229
3. Vergleich	229
III. Wirkungen/Schutz im allgemeinen Rechtsverkehr	231
1. <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	231
2. Sicherungsübereignung nach deutschem Recht	232
3. Vergleich/Integration	232
a) Substitutionsfähigkeit	233
b) Substituierbarkeit/ funktionale Äquivalenz	233
aa) Entsprechung zum Eigentumsvorbehalt	233
bb) Schutz durch Publizität	233
cc) Kausalprinzip	235
IV. Wirkungen/Schutz in der Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Sicherungsgebers	236
1. <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	236
a) Schutz gegen die Pfändung	236
b) Schutz gegen den Rechtsverlust bei der Veräußerung	238
2. Sicherungsübereignung nach deutschem Recht	239
3. Vergleich/Integration	240
a) Substitution	240
aa) Substitutionsfähigkeit	240
bb) Substituierbarkeit/ funktionale Äquivalenz	240
(1) Schutz durch Publizität	240

(a) Kundgabe und Registrierung als Publizitätsmittel	240
(b) Publizität als Beweiserleichterung	241
(2) Fazit: Keine Vergleichbarkeit	242
b) Anpassung	242
aa) Pfändung des Sicherungsguts und Recht am Veräußerungserlös	242
(1) Planwidrige Regelungslücke	243
(2) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	243
bb) Veräußerung des Sicherungsguts	244
V. Wirkungen/Schutz in der Insolvenz des Sicherungsgebers	245
1. <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	245
a) Schutz vor dem Zugriff auf das Sicherungsgut	245
b) Schutz gegen den Rechtsverlust bei der Veräußerung	246
c) Recht am Veräußerungserlös	246
2. Sicherungsübereignung nach deutschem Recht	247
3. Vergleich/Integration	248
a) Substitution	248
aa) Substitutionsfähigkeit	248
bb) Substituierbarkeit	248
(1) Begründungsvoraussetzungen	248
(2) Wirkungen	249
b) Anpassung	249
aa) Schutz vor dem Zugriff auf das Sicherungsgut	249
(1) Planwidrige Regelungslücke	249
(2) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	250
(a) Schwedisches Recht	250
(b) Deutsches Recht	251
(c) Fazit	252
bb) Recht am Veräußerungserlös	252
(1) Planwidrige Regelungslücke	252
(2) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	253
(a) Wirtschaftliche Vergleichbarkeit	253
(b) Rang des Sicherungseigentums	254
(aa) (Hand-)Pfandrecht	254
(bb) Pfändungspfandrecht	254
(cc) Vermieterpfandrecht	255
(dd) Werkunternehmerpfandrecht	256
(ee) Fazit	256
D. <i>Företagshypotek</i>	257
I. Begründungs-/Entstehungsvoraussetzungen	257
1. <i>Företagshypotek</i>	257
a) Publizität: Brief- und Registerhypothek	257
b) Publizität: Registereintragung	259
c) Akzessorietät zur besicherten Forderung	259

d) Einigung	261
2. Vergleich/Integration	261
a) (Hand-)Pfandrecht	261
b) Hypothek	262
c) Fazit	262
II. Wirkungen/Schutz im allgemeinen Rechtsverkehr	263
1. <i>Företagshypotek</i>	263
a) Begrenzung des Sicherungsguts	263
b) Lastenfreier Erwerb durch Dritte	264
2. Vergleich/Integration	265
a) Substitution	265
b) Anpassung	266
aa) Schutz durch einen Publizitätsakt	266
bb) Analoge Anwendung der Vorschriften über den gutgläubig lastenfremen Erwerb von Mobilien	267
(1) Planwidrige Regelungslücke	267
(2) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	268
(a) Schwedisches Recht	268
(b) Deutsches Recht	268
(c) Fazit	269
cc) Analoge Anwendung der Vorschriften über den gutgläubig lastenfremen Erwerb von Immobilien	270
III. Wirkungen/Schutz in der Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Sicherungsgebers	271
1. <i>Företagshypotek</i>	271
a) Recht auf bevorzugte Befriedigung	271
b) Rang	272
aa) Vorrang vor den Zwangsvollstreckungsgläubigern	272
bb) Die Ausnahme als Regel: Vorrang des Zwangsvollstreckungsgläubigers	273
cc) Kritik	274
c) Inhalt des Rechts auf bevorzugte Befriedigung	274
2. Vergleich/Integration	275
a) Schutzwirkungen der <i>företagshypotek</i>	275
b) Analoge Anwendung von § 805 ZPO	276
aa) Planwidrige Regelungslücke	276
bb) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	277
(1) Deutsches Recht	277
(a) Bestimmtheitsgrundsatz	277
(b) Prioritätsgrundsatz	278
(2) Schwedisches Recht	278
(3) Fazit	279
c) Analoge Anwendung von § 771 ZPO	280
d) Ergebnis	280

IV. Wirkungen/Schutz in der Insolvenz des Sicherungsgebers	280
1. <i>Företagshypotek</i>	280
a) Recht auf bevorzugte Befriedigung	280
b) Inhalt des Rechts auf bevorzugte Befriedigung	281
2. Vergleich/Integration	282
a) Schutzwirkungen der <i>företagshypotek</i>	282
b) Analoge Anwendung von § 50 InsO	282
aa) Schutzwirkungen des Rechts auf abgesonderte Befriedigung ..	282
bb) Vergleichbarkeit der Sachverhalte	283
c) Ergebnis	284
E. Ergebnis	284
4. Teil: Unionsrecht – Die Grundfreiheiten und der <i>conflit mobile</i> ..	287
1. Kapitel: Problemaufriss – Der <i>conflit mobile</i> im Kontext des	
europäischen Binnenmarktes	287
A. Sachverhaltskonstellation	287
B. Rechtslage/Prüfungsmaßstab	288
2. Kapitel: Dogmatischer Ansatz: <i>Lex rei sitae versus Grundfreiheiten?</i> ..	289
A. Der kollisionsrechtliche Ansatz	290
B. Der sachrechtliche Ansatz	292
C. Der individuell kollisions- und sachrechtliche Ansatz	293
D. Die Synthese aus Kollisions- und Sachrecht als Ansatz	295
3. Kapitel: Der <i>conflit mobile</i> und die Kapitalverkehrsfreiheit nach	
Art. 63 Abs. 1 AEUV	296
A. Schutzbereich	297
I. Abgrenzung der Schutzobjekte	297
II. Abgrenzung der geschützten Verhaltensweisen	298
1. Konstellationen	298
a) Grenzüberschreitende Nutzung untersagt	298
b) Grenzüberschreitende Nutzung erlaubt	299
2. Ergebnis	300
III. Abgrenzung der Schutzbereiche der Kapitalverkehrsfreiheit	
und der Warenverkehrsfreiheit	300
1. Abgrenzung in Wissenschaft und Rechtsprechung	300
2. Abgrenzung im Kontext des <i>conflit mobile</i>	302
IV. Grenzüberschreitender Sachverhalt	303
B. Anwendbarkeit der Kapitalverkehrsfreiheit	304
I. Vorrangig anwendbares EU-Sekundärrecht	304
II. Bereichsausnahme – Der Verkehr und die Art. 90 ff. AEUV	305
III. Die Eigentumsordnungen der Mitgliedstaaten – Art. 345 AEUV	306
C. Eingriff	306

I. Maßnahmen der Mitgliedstaaten und der Unionsorgane – Gesetz und Gewohnheitsrecht	306
II. (Privat-)Sachrecht und Kollisionsrecht als Eingriff?	308
III. Grundfreiheitsliche Diskriminierung durch das Kollisionsrecht und das deutsche Sachrecht?	309
1. Herleitung des Diskriminierungsverbots	309
a) Wortlaut	309
b) Systematik	310
aa) Diskriminierungsverbot im Rahmen der Rechtfertigung	310
bb) Verbot der Diskriminierung aufgrund der Herkunft des Kapitals	310
(1) Rechtsprechung	310
(2) Systematik	311
(3) Ergebnis	312
2. Inhalt des Diskriminierungsverbots	312
3. Offene Diskriminierung	313
a) Definition und Herleitung	313
b) Kollisionsrecht	314
c) Materielles Recht	314
aa) Gutgläubiger Erwerb	314
bb) Drittwiderspruchsklage und Aussonderungsrecht	315
cc) Recht auf vorzugsweise und Recht auf abgesonderte Befriedigung	315
d) Ergebnis	316
4. Versteckte/Mittelbare Diskriminierung	316
a) Definition und Herleitung	316
aa) Wissenschaft und Rechtsprechung zur Waren- und Dienstleistungsverkehrsfreiheit	316
bb) Richtlinie 70/50/EWG	318
(1) Wortlaut	318
(2) Historie	319
cc) Übertragung auf die Kapitalverkehrsfreiheit	320
b) Das Konzept der Anerkennung bzw. Hinnahme ausländischer dinglicher Rechte als versteckte Diskriminierung	320
aa) Sachverhaltskonstellationen	322
(1) Keine Wirkung ausländischer Rechte im Inland	322
(2) Schwächere Wirkung ausländischer Rechte im Inland	323
bb) Angewandte Normen	323
(1) Keine Wirkung ausländischer Rechte im Inland	323
(2) Schwächere Wirkung ausländischer Rechte im Inland	324
IV. Beschränkung	325
1. Inhalt des Beschränkungsverbots	325
a) Herkunftsstaatsprinzip	325
b) Anwendung der <i>Dassonville</i> -Formel	325

c)	Anwendung der Rechtsprechung des EuGH zu Nutzungsbeschränkungen	326
aa)	Herleitung	326
bb)	Inhalt	327
2.	Beschränkung nach dem Herkunftsstaatsprinzip	328
3.	Beschränkte Verhaltensweisen	329
a)	Beschränkung der Mobilität von Sicherungsgut	330
aa)	Wirtschaftliche Erwägungen	330
bb)	Bestellung mehrerer Sicherheiten	330
cc)	Verlustrisiko	331
dd)	Kein Konflikt mit Rechtsprechung des EuGH	331
b)	Mittelbare Beschränkung der Bestellung von Kreditsicherungsrechten	332
aa)	Besicherung als Voraussetzung für Kreditgeschäfte	332
bb)	Erst-Recht-Schluss	332
cc)	<i>Dassonville</i> -Rechtsprechung	333
4.	Potentielle Beschränkung	333
a)	Definition der potentiellen Beschränkung	333
b)	Rechtsprechung des EuGH	334
aa)	Potentielle Beschränkung	334
bb)	Nutzungsbeschränkungen	335
c)	<i>Åganderättsförbehåll</i>	336
d)	<i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	336
aa)	Schutz vor dem Rechtserwerb bei der Veräußerung des Sicherungsguts in der Zwangsvollstreckung	336
bb)	Schutz in der Insolvenz	337
e)	<i>Företagshypotek</i>	337
aa)	Schutz vor der Sicherungsübereignung	337
bb)	Schutz in der Zwangsvollstreckung	338
cc)	Schutz in der Insolvenz	340
5.	Ergebnis	340
D.	Rechtfertigung	342
I.	Öffentliche Ordnung	342
1.	Definition nach dem EuGH und der Wissenschaft	342
2.	Güter- und Gläubigerordnung	343
II.	Zwingende Erfordernisse des Allgemeininteresses	344
1.	Herleitung des Rechtfertigungsgrundes im Allgemeinen	344
a)	Die <i>Cassis</i> -Rechtsprechung des EuGH	344
b)	Übertragung der <i>Cassis</i> -Rechtsprechung auf die Kapitalverkehrsfreiheit	345
2.	Rechtfertigungsgründe im Einzelnen	346
a)	<i>Numerus clausus</i> als zwingendes Erfordernis des Allgemeininteresses	346
aa)	Inhalt	346

bb) Sinn und Zweck	346
(1) Schutzfunktion	346
(2) Ordnungsfunktion	347
(3) Zusammenfassung	347
b) Publizität als zwingendes Erfordernis des Allgemeininteresses	347
aa) Inhalt	347
bb) Sinn und Zweck	347
(1) Besitz als Ausdruck des Vermögens	347
(2) Besitz als Voraussetzung für den dinglichen Rechtserwerb	348
(3) Besitz als Begrenzung der dinglichen Kreditsicherung	349
(4) Zusammenfassung	349
c) Der Bestimmtheitsgrundsatz als zwingendes Erfordernis des Allgemeininteresses	350
aa) Inhalt	350
bb) Sinn und Zweck	350
d) Der Schutz der Gläubiger- und Güterordnung als zwingendes Erfordernis des Allgemeininteresses	351
aa) Sachrecht: <i>Numerus clausus</i> , Publizitätsprinzip und Bestimmtheitsgrundsatz als Gewährleistungsgebote	351
(1) <i>Numerus clausus</i>	352
(2) Publizitätsprinzip	352
(3) Bestimmtheitsgrundsatz	352
(4) Zusammenfassung	353
bb) Kollisionsrecht	353
cc) Zwingendes Erfordernis des Allgemeininteresses	353
dd) Anwendung auf die <i>Säkerhetsöverlåtelse</i> und auf die <i>Företagshypotek</i>	354
(1) <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	354
(2) <i>Företagshypotek</i>	355
(3) Zusammenfassung	356
III. Verhältnismäßigkeit	356
1. Dogmatische Grundlagen	356
a) Legitimes Gemeinwohlziel, Geeignetheit und Erforderlichkeit	356
b) Angemessenheit	356
aa) Rechtsprechung des EuGH	357
bb) Protokoll über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit	358
(1) Teleologie	358
(2) Systematik	359
2. Geeignetheit	359
a) Definition	359
b) <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	360
c) <i>Företagshypotek</i>	360
aa) Zweckförderung	360

bb) Kohärenz	360
(1) Bestimmtheitsgrundsatz und Raumsicherungsverträge ...	361
(2) Durchsetzung des Sinn und Zwecks des Bestimmtheitsgrundsatzes	362
3. Erforderlichkeit	363
a) Definition	363
b) Anerkennungs- bzw. Hinnahmetheorie	363
4. Angemessenheit	364
a) Definition	364
b) <i>Säkerhetsöverlåtelse</i>	365
aa) Gegenüberstellung der Interessen	365
bb) Gewichtigkeit der Interessen	365
cc) Intensität der Beeinträchtigung der Kapitalverkehrsfreiheit und Schutzgewinn der Gläubiger- und Güterordnung	366
(1) Intensität der Beeinträchtigung der Kapitalverkehrsfreiheit	366
(2) Schutzgewinn der Gläubiger- und Güterordnung	367
(a) Schutzfunktion des <i>numerus clausus</i>	367
(b) Ordnungsfunktion des <i>numerus clausus</i>	367
(3) Zusammenfassung	368
dd) Ergebnis	368
c) <i>Företagshypotek</i>	368
aa) Gegenüberstellung der Interessen	368
bb) Gewichtigkeit der Interessen	369
cc) Intensität der Beeinträchtigung der Kapitalverkehrsfreiheit und Schutzgewinn der Gläubiger- und Güterordnung	369
(1) Intensität der Beeinträchtigung der Kapitalverkehrsfreiheit	369
(2) Schutzgewinn der Gläubiger- und Güterordnung	370
(a) Schutz durch den Bestimmtheitsgrundsatz	370
(b) Schutz durch das Prinzip des <i>numerus clausus</i>	372
(3) Zusammenfassung	373
dd) Ergebnis	373
<i>4. Kapitel: Der conflict mobile und die Warenverkehrsfreiheit nach Art. 34 ff. AEUV</i>	374
A. Sachverhaltskonstellationen	374
B. Abgrenzung der Schutzbereiche der Warenverkehrsfreiheit und der Dienstleistungsverkehrsfreiheit	375
I. Abgrenzung der Verhaltensweisen – Veräußerung und Nutzung von Transportmitteln	375
II. Willentlich verfolgte Tätigkeit	376
III. Anwendung der Spezialvorschriften zum Verkehr	377
<i>5. Kapitel: Ergebnis</i>	378

5. Teil: Zusammenfassung und Ergebnis	379
1. Kapitel: Kollisionsrecht	379
2. Kapitel: Rechtsvergleichung	380
A. Äganderättsförbehåll	380
B. Säkerhetsöverlåtelse	380
C. Företagshypotek	381
3. Kapitel: Unionsrecht	382
A. Zusammenfassung	382
B. Konfliktlösung: Grundfreiheiten und <i>conflict mobile</i>	383
I. Problematik	383
II. Konfliktlösung <i>de lege lata</i>	384
1. Kollisionsrecht: Grundfreiheitenkonforme Auslegung der EuInsVO	384
2. Sachrecht: Europarechtskonforme Auslegung der InsO	385
III. Konfliktlösung <i>de lege ferenda</i>	387
1. Kollisionsrecht: Änderung der EuInsVO	387
2. Sachrecht: Änderung des § 50 Abs. 1 InsO	388
IV. Ausblick	389
Entscheidungsverzeichnis	393
Materialien- und Normenverzeichnis	401
Literaturverzeichnis	405
Sachverzeichnis	417

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AB	Aktiebolag (schwedische Gesellschaftsform)
ABl.	Amtsblatt
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
Anh	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
Art.	Artikel
ASBL	Association sans but lucratif (belgische Vereinsform)
AvbL	Lag (1978:599) om avbetalningsköp mellan näringsidkare m.fl. (schwedisches Gesetz über den Ratenkauf zwischen Kaufleuten und anderen)
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
Az.	Aktenzeichen
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift für Recht und Wirtschaft)
Bd.	Band
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BR	Bundesrat
BR-Drucks.	Drucksachen des Bundesrates
BT	Bundestag
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestags
BV	Besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid (niederländische Gesellschaftsform)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
DCFR	Draft Common Frame of Reference

ders.	derselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher Zeitung
DM	Deutsche Mark
DONot	Dienstordnung für Notarinnen und Notare
Drucks.	Drucksache
DSL	Deutscher Speditions- und Logistikverband e. V.
ebd.	ebenda
ECFR	European Company and Financial Law Review
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGVVO	Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
EuInsVO	Verordnung über Insolvenzverfahren/ Europäische Insolvenzverordnung
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
f./ff.	folgende
FHF	Förordning om företagshypotek (schwedische Verordnung über ein Sicherungsrecht an Unternehmen)
FHL	Lag om företagshypotek (schwedisches Gesetz über ein Sicherungsrecht an Unternehmen)
FK-InsO	Frankfurter Kommentar zur Insolvenzordnung
Fn.	Fußnote
FRL	Förmånsrättslag (schwedisches Gesetz über das Recht auf bevorzugte Befriedigung in Zwangsvollstreckung und Insolvenz)
FS	Festschrift
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HB	Handelsbalk (schwedisches Handelsgesetzbuch)
Hb.	Handbuch
HD	Högsta domstolen (schwedischer Oberster Gerichtshof in Verfahren, die jenen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Deutschland vergleichbar sind)
HGB	Handelsgesetzbuch
h. M.	herrschende Meinung

HovR	Hovrätt (schwedisches Gericht zweiter Instanz in Verfahren, die jenen der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Deutschland vergleichbar sind)
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HZA	Hauptzollamt
IbrevRL	Lag om inteckningsbrevsregister (schwedisches Gesetz über das Register über die Belastung von Unternehmen mit einem Sicherungsrecht)
i. d. F.	in der Fassung
i. E.	im Ergebnis
insbes.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zeitschrift)
IPRspr.	Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiete des Internationalen Privatrechts (Entscheidungssammlung)
i. S. d.	im Sinne des/der
i. Ü.	im Übrigen
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JB	Jordabalk (schwedisches Gesetz über unbewegliche Sachen)
JBl.	Juristische Blätter
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung
Kap./kap	Kapitel
KEP	Kurier-Express-Paketdienste
KG	Kommanditgesellschaft
KkrL	Konsumentkreditlag (schwedisches Gesetz über Verbraucherkredite)
KO	Konkursordnung
KköpL	Konsumentköplag (schwedisches Gesetz zum Verbrauchsgüterkauf)
KöpL	Köplag (schwedisches Gesetz zum Kaufrecht)
KonkL	Konkurslag (schwedisches Gesetz zum Insolvenzverfahren)
LG	Landgericht
Lit.	Buchstabe
LkF	Lösöreköpförordningen (schwedische[s] Gesetz/Verordnung über den Kauf von beweglichen Sachen)
LkL	Lag om handel med lösören, som köparen låter i säljarens vård kvarbliva (schwedisches Gesetz über den Handel mit beweglichen Sachen, die der Käufer im Besitz des Verkäufers belässt)
LKW	Lastkraftwagen
LMK	Lindenmaier-Möhring Kommentierte BGH-Rechtsprechung (Zeitschrift)
LuftFzgAbk	Abkommen vom 19. Juni 1948 über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen
LuftFzgG	Gesetz über Rechte an Luftfahrzeugen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.fl.	med flera (und andere)
m. m.	med mera (und andere mehr)

m. N.	mit Nachweis
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NJA	Nytt Juridiskt Arkiv
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport Zivilrecht
Nr.	Nummer
NV	Naamloze Venootschap (niederländische Gesellschaftsform)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
OLG	Oberlandesgericht
PEL	Principles of European Law
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKW	Personenkraftwagen
Prop.	proposition (Gesetzesvorschlag der schwedischen Regierung an das Parlament)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RegE	Regierungsentwurf
Rev. crit. dr. i. p.	Revue critique de droit international privé
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz/Seite/Siehe
SA	Société Anonyme (französische Gesellschaftsform)
saml.	samling (schwedisch für Sammlung)
SchRG	Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken
SFS	Svensk författningssamling (amtliche Sammlung von Gesetzen und Verordnungen des schwedischen Reichstages)
SL	Sociedad Limitada (spanische Gesellschaftsform)
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannte
SOU	Statens offentliga utredningar (amtliche Sammlung der von der Regierung zur Vorbereitung von Gesetzesvorschlägen in Auftrag gegebenen Untersuchungen in Form von Gutachten und Berichten)
SpA	Società per Azioni (italienische Gesellschaftsform)
SvJT	Svensk Juristtidning
Trib. civ.	Tribunal civil
u.	und
u. a.	unter anderem/und andere
UAbs.	Unterabsatz
UB	Utsökningsbalk (schwedisches Gesetz über die Zwangsvollstreckung)
UCC	Uniform Commercial Code
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UNIDROIT	Institut international pour l'unification du droit
US-amerikanisch	aus den Vereinigten Staaten von Amerika stammend

USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	vom/von
verb.	verbundene
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
WISTA	Wirtschaft und Statistik – Wissenschaftsmagazin des Statistischen Bundesamtes
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZÖffR	Zeitschrift für Öffentliches Recht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

1. Teil

Einleitung

1. Kapitel: Die Bedeutung der Mobiliarkreditsicherungsrechte für die Kreditvergabe

A. Formale Einordnung: Mobiliarkreditsicherungsrechte als Realsicherheiten

Unverzichtbarer Bestandteil eines Kreditgeschäftes ist in der Regel, neben der Bestimmung des auf geliehenes Geld zu zahlenden Zinses und eines Tilgungsplans, die Bestellung von Sicherheiten für den Fall eines Zahlungsausfalles des Kreditnehmers. Dies gilt besonders dann, wenn Geld- oder Warenkredite in großer Höhe vergeben werden. Die Parteien eines Kreditgeschäftes bedienen sich dabei in der Regel Personalsicherheiten und/oder Realsicherheiten.¹ Zu den Realsicherheiten zählen sowohl Immobilial- als auch Mobiliarkreditsicherungsrechte. Die Mobiliarkreditsicherungsrechte lassen sich weiter in Sicherungsrechte an beweglichen Sachen und Sicherungsrechte an Immaterialgüterrechten, wie etwa Forderungen und geistigem Eigentum, untergliedern.² Mobiliarkreditsicherungsrechte an Sachen haben ihre Bedeutung für die Kreditsicherung vor allem dort, wo weder Immobilien noch Immaterialgüterrechte oder Forderungen als Kreditsicherheiten vorhanden sind und Personalsicherheiten, wie etwa die Bürgschaft, nicht in Frage kommen.³

Besonders attraktiv im Kreditverkehr sind Mobiliarkreditsicherungsrechte, welche keinen (unmittelbaren) Besitz des Sicherungsnehmers bzw. Kreditgebers an dem Sicherungsgut voraussetzen. Besitzlose Mobiliarkreditsicherungsrechte ermöglichen es dem im (unmittelbaren) Besitz stehenden Sicherungsgeber bzw. Kreditnehmer zum einen mit dem Sicherungsgut zu wirtschaften.⁴ Zum anderen wird durch den Erhalt des (unmittelbaren) Besitzes beim Sicherungs-

¹ Zu den Arten der Kreditsicherheiten *Bülow*, Recht der Kreditsicherheiten, Rn. 10 ff.; *Lwowski* in: ders./Fischer/Gehrlein, Das Recht der Kreditsicherung, § 1 Rn. 11 ff.

² Für den Zweck dieser Arbeit sollen unter dem Begriff „Mobiliarkreditsicherungsrechte“ nur solche Sicherungsrechte subsumiert werden, die an beweglichen Sachen bestellt werden.

³ Etwa weil kein Bürge zur Verfügung steht.

⁴ *Baur/Stürner*, Sachenrecht, § 56 Rn. 2, 4; *Oechsler* in: MüKo, BGB Band 7, Anh. §§ 929–936 Rn. 2.

geber dessen wirtschaftliche Situation nicht offen gelegt.⁵ Doch auch der Sicherungsnehmer profitiert vom (unmittelbaren) Besitz des Sicherungsgebers insofern, als dass Ersterer nicht gezwungen ist, Platz bzw. Räumlichkeiten für die Aufbewahrung des Sicherungsguts bereitzuhalten.⁶ Sicherungsnehmer als auch Sicherungsgeber können darüber hinaus gleichermaßen von einer freihändigen Verwertung des Sicherungsgutes profitieren, die im Vergleich zur gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Versteigerung (etwa beim Pfandrecht nach § 1235 Abs. 1 BGB) regelmäßig höhere Veräußerungserlöse generiert.⁷

Im deutschen Recht stehen den Parteien eines Kreditgeschäftes mit dem in § 449 Abs. 1 BGB gesetzlich vorausgesetzten Eigentumsvorbehalt und dem durch richterrechtliche Rechtsfortbildung geschaffenen Sicherungseigentum bzw. der Sicherungsübereignung zwei besitzlose dingliche Sicherungsrechte in Form des besicherten Eigentums zur Verfügung, die das Interesse des Rechts- und Wirtschaftsverkehrs an einem praxisingerechten Kreditsicherungsrecht befriedigen sollen.⁸ Während das deutsche Recht keine besitzlosen Sicherungsrechte an ganzen Vermögensmassen kennt, ermöglichen ausländische Rechtssysteme dem Sicherungsgeber über die Formen des besicherten Eigentums hinaus etwa die Besicherung des gesamten Vermögens oder ganzer Teile des Vermögens durch Sicherungsrechte.⁹

Sinn und Zweck von Sicherungsrechten ist in erster Linie die Sicherung des Kreditgebers im Falle der Insolvenz des Kreditnehmers und im Falle der Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Kreditnehmers. Dingliche Mobiliarkreditsicherungsrechte schützen den Sicherungsnehmer darüber hinaus jedoch auch bedingt vor einem Verlust seiner Rechte am Sicherungsgut beim (gutgläubigen) Erwerb durch Dritte. Mit den Schutzwirkungen dinglicher Mobiliarsicherungsrechte in Insolvenz, Zwangsvollstreckung und beim gutgläubigen Erwerb werden sich auch die im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten Untersuchungen befassen.

⁵ Baur/Stürner, Sachenrecht, § 56 Rn. 3, 4; Oechsler in: MüKo, BGB Band 7, Anh. §§ 929–936 Rn. 2.

⁶ Oechsler in: MüKo, BGB Band 7, Anh. §§ 929–936 Rn. 2; Baur/Stürner, Sachenrecht, § 56 Rn. 2, 4.

⁷ Oechsler in: MüKo, BGB Band 7, Anh. §§ 929–936 Rn. 2.

⁸ Zum Eigentumsvorbehalt vgl. etwa Baur/Stürner, Sachenrecht, § 59; Westermann/Gursky/Eickmann, Sachenrecht, § 43. Zur Sicherungsübereignung vgl. etwa Baur/Stürner, Sachenrecht, § 57; Westermann/Gursky/Eickmann, Sachenrecht, § 44.

⁹ So z. B. im schwedischen Recht die *företagshypotek*, die am gesamten beweglichen Vermögen eines Unternehmens bestellt wird, vgl. hierzu etwa Wenckstern, RabelsZ 52 (1988), 663, 666 f., 668 ff.; Hästad, Sakrätt, S. 353 ff.; Dahlgren/Rune, Företagshypotek. Zur englischen *floating charge*, mit der das gesamte Vermögen des Sicherungsgebers besichert werden kann, vgl. etwa Wenckstern, RabelsZ 56 (1992), 624 ff.; Grude, Revolvierende Globalsicherheiten in Europa, S. 41 ff., 48 f.; Swienty, Der Statutenwechsel im deutschen und englischen internationalen Sachenrecht unter besonderer Betrachtung der Kreditsicherungsrechte, S. 126 ff.

B. Kreditsicherungsrechte an Straßentransportmitteln

Große wirtschaftliche Bedeutung haben besitzlose Mobiliarkreditsicherungsrechte unter anderem für die Transportwirtschaft. Frachtführer etwa, die im Straßentransport tätig sind, bedienen sich regelmäßig der Bestellung dinglicher Sicherungsrechte an den von ihnen eingesetzten LKW. Kreditsicherungsrechte werden insoweit etwa zur Sicherung der Finanzierung des Geschäftsbetriebes durch Geldkredite bestellt. Doch auch Anschaffungskredite in Form von Waren- oder Geldkrediten werden mit Sicherungsrechten an LKW abgesichert.¹⁰

Der Wirtschaftszweig des Straßentransports hat zudem in den vergangenen Jahren in Deutschland zunehmend an Bedeutung gewonnen. Der Anteil des Versandhandels am gesamten Handelsvolumen, insbesondere von Verbrauchsgütern über das Internet, ist in den letzten Jahren stark angestiegen und wird in Zukunft weiter zunehmen.¹¹ Gleichzeitig steigt der Anteil jener Waren, die über die Straße transportiert werden, im Vergleich etwa zum Schienentransport am stärksten an.¹² Doch bereits heute ist der Straßengütertransport sowohl im deutschlandweiten als auch im EU-weiten Vergleich zu anderen Transportwegen der mit Abstand stärkste und wichtigste Transportweg.¹³

In einem Freihandelsraum wie dem Europäischen Binnenmarkt, dem auch die Bundesrepublik Deutschland angehört, ist das steigende Aufkommen von Straßentransportmitteln nicht nur auf den Verkehr im Inland beschränkt. Der freie Verkehr von Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt ermöglicht es den Marktteilnehmern, über die Staatsgrenzen hinweg freien Handel zu treiben. Mit einem steigenden inländischen Aufkommen von Straßentransportmitteln ist somit in aller Regel auch ein steigendes Aufkommen im Europäischen Binnenmarkt insgesamt verbunden.¹⁴

¹⁰ In der Praxis üblich ist etwa die Sicherungsübereignung von Fahrzeugen an Banken zur Sicherung eines Anschaffungskredites; so etwa im Geschäftsverkehr der Bellersheim Güterverkehre GmbH, Montabaur (Telefoninterview vom 3. November 2017 mit dem geschäftsführenden Gesellschafter Herrn Thomas Bellersheim). Ebenso üblich ist der Erwerb von Ausrüstungsgegenständen für LKW unter Eigentumsvorbehalt; so beispielsweise im Geschäftsverkehr der Kube & Kubenz Internationale Speditions- und Logistikgesellschaft mbH & Co. KG, Hamburg (Telefoninterview vom 26. März 2018 mit dem geschäftsführenden Gesellschafter Herrn Dr. h. c. Michael Kubenz). Zu solchen Ausrüstungsgegenständen zählen etwa LKW-Anhänger oder Aufbauten für Anhänger (z. B. Tankcontainer).

¹¹ KEP-Studie 2016 – Analyse des Marktes in Deutschland, Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesverbandes Paket und Expresslogistik e. V., S. 8, 11–14, 17–19.

¹² Hütter, WISTA 2016, 47, 49–51, 55–56, 59–61; KEP-Studie 2016 – Analyse des Marktes in Deutschland, Eine Untersuchung im Auftrag des Bundesverbandes Paket und Expresslogistik e. V., S. 22; Zahlen – Daten – Fakten aus Spedition und Logistik, Branchenstatistik des DSLV 2014/2015, S. 9, 12; Gleitende Mittelfristprognose für den Personen- und Güterverkehr Winter 2015/2016, Transport Consulting International Röhling, S. 25 f., 28 ff.

¹³ Shell LKW-Studie, Fakten, Trends und Perspektiven im Straßengüterverkehr bis 2030, S. 12, 14, 17; eurostat Statistics Explained, Statistik des Güterverkehrs.

¹⁴ Shell LKW-Studie, Fakten, Trends und Perspektiven im Straßengüterverkehr bis 2030, S. 14, 15.

Folge eines vermehrten grenzüberschreitenden Warentransports mittels Straßentransportfahrzeugen ist folglich auch eine steigende Anzahl an Sicherungsgütern, die sich in Form von Straßenverkehrsmitteln (etwa LKW) auf ausländischem Staatsgebiet befinden. Den hiermit verbundenen kollisions- und unionsrechtlichen Problemen wird sich diese Arbeit widmen.

2. Kapitel: Problemaufriss: Die kollisionsrechtliche Problematik des *conflit mobile*

A. Der Belegenheitsort als Anknüpfungsmoment

Dingliche Rechtsverhältnisse an Sachen werden in internationalen Sachverhalten gemäß Art. 43 Abs. 1 EGBGB nach dem Recht des Belegenheitsortes einer Sache bestimmt. Die Reichweite des Sachstatuts (Art. 43 Abs. 1 EGBGB) umfasst dabei insbesondere die Fragen nach der Begründung, der Übertragung, der inhaltlichen Änderung und des Untergangs eines dinglichen Rechts.¹⁵ Darüber hinaus umfasst das Sachstatut aber etwa auch die Frage nach den Wirkungen und nach dem durch dingliche Rechte vermittelten Schutz des Rechtsinhabers.¹⁶ Schließlich wird auch die Frage nach der rechtsgültigen Form eines Rechtsgeschäftes – etwa bei der rechtsgeschäftlichen Begründung oder Übertragung eines dinglichen Rechts – gemäß Art. 11 Abs. 4 EGBGB an das Ortsrecht angeknüpft.¹⁷

Auch Sicherungsrechte an Mobilien sind, soweit ihnen dinglicher Rechtscharakter zukommt,¹⁸ im Rahmen des Art. 43 Abs. 1 EGBGB als „Rechte an einer Sache“ zu qualifizieren. Für die rechtliche Beurteilung von Sachverhalten mit internationalem Bezug, in denen es um den Bestand oder die sachenrechtliche Übertragung von Mobiliarsicherheiten geht, gilt somit nichts anderes als das, was für das internationale Sachenrecht allgemein gilt: Als Anknüpfungsmoment ist grundsätzlich der Belegenheitsort maßgebend. Auch im internatio-

¹⁵ *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 79 f. m. w. N. Auch die Voraussetzung des Vorliegens eines Besitzkonstituts als Übergabesurrogat im Zusammenhang mit der Begründung und der Übertragung dinglicher Rechte wird nach dem Sachstatut angeknüpft, *Hohloch* in: Erman, BGB, Art. 43 EGBGB Rn. 12.

¹⁶ *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 93 f., 96 m. w. N.

¹⁷ Art. 11 Abs. 4 EGBGB verweist insofern auf Art. 43 Abs. 1 EGBGB, vgl. *Thorn* in: Palandt, BGB, Art. 43 EGBGB Rn. 4; *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 81; *Hohloch* in: Erman, BGB, Art. 43 EGBGB Rn. 11.

¹⁸ Nach überwiegender Meinung sind Rechte an Sachen kollisionsrechtlich dann als dinglich zu qualifizieren, wenn eine Sachnorm die „Zuordnung von Sachen zu Personen mit absoluter Wirkung“ gegenüber Dritten anordnet, vgl. hierzu *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 39; sowie *Kropholler*, IPR, § 54 I 3 und v. *Hoffmann/Thorn*, IPR, § 12 Rn. 17, die von einer *erga omnes*-Wirkung der aus einer Norm folgenden Rechtstellung sprechen; des Weiteren *Ritterhoff*, Parteiautonomie im internationalen Sachenrecht, S. 65.

nalen Zivilverfahrensrecht und im internationalen Insolvenzrecht ist, wie noch zu zeigen sein wird, der Ort der Belegenheit von Sachen maßgebliches Anknüpfungsmoment.¹⁹

B. Der Konflikt des sachenrechtlichen Prinzips des *numerus clausus* mit ausländischen dinglichen Rechten

I. Der Statutenwechsel im Kontext des Rechtsbestands- und des Rechtswirkungsstatuts

Während die Anknüpfungsregel des Belegenheitsortes in der Regel unproblematisch ist, solange sich eine Sache ausschließlich im Hoheitsgebiet ein und desselben Staates befindet, kann es bei der Verbringung einer Sache in ein anderes Staatsgebiet und der damit einhergehenden Überschreitung der Staatsgrenzen zu rechtlichen Problemen unterschiedlichster Art kommen.²⁰ Folge eines derartigen Wechsels des Belegenheitsortes ist, dass sich nunmehr die dingliche Rechtslage an der Sache nach dem materiellen Recht des neuen Belegenheitsortes richtet. Bei derartigen Sachverhalten spricht man vom *conflict mobile*²¹, der ein Unterfall des Statutenwechsels²² ist.²³

Der Statutenwechsel allein ist jedoch nicht Ursache der rechtlichen Probleme bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im internationalen Sachenrecht. Dies ist vielmehr das Zusammenspiel von Statutenwechsel und dem im deutschen internationalen Sachenrecht angelegten Prinzip von Rechtsbestands- und Rechtswirkungsstatut.²⁴ Danach besteht eine sowohl temporale als auch sachliche Spaltung des Sachstatuts.²⁵ Diese bewirkt, dass auf der einen Seite ein un-

¹⁹ Siehe hierzu unter 2. Teil I. Kapitel B. III. (S. 33 f.) (Zwangsvollstreckung) und unter 2. Teil I. Kapitel C. III. (S. 37 ff.) (Insolvenz).

²⁰ Prominentester Fall ist wohl das Problem der *res in transitu*, vgl. hierzu u. a. *Rauscher*, IPR, Rn. 1600 ff.; v. *Hoffmann/Thorn*, IPR, § 12 Rn. 39 f.; *Kropholler*, IPR, § 54 IV; *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 46 EGBGB Rn. 40 ff.

²¹ Zur Problematik des Statutenwechsels durch Verbringung einer Sache in ein anderes Staatsgebiet (*conflict mobile*) und den hierzu bestehenden Theorien zur Lösung der Problematik s. *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 119 ff.

²² Zum Statutenwechsel im weiteren Sinne vgl. *Kropholler*, IPR, § 27 I.

²³ Vgl. *Stoll* in: *Staudinger*, Internationales Sachenrecht, Rn. 352; *Kropholler*, IPR, § 27 I 3. Im Laufe der folgenden Darstellung soll jedoch aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung der Begriff „Statutenwechsel“ als Synonym des Begriffes *conflict mobile* verwendet werden.

²⁴ Vgl. die Gesetzesbegründung BT-Drucks. 14/343, S. 16; *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 128 ff.; zwar nicht ausdrücklich so, aber inhaltlich übereinstimmend *Kropholler*, IPR, § 54 III 1.

²⁵ So bei *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 122. Argumente hierfür liefert das Gesetz in Art. 43 Abs. 1 EGBGB und Art. 43 Abs. 2 EGBGB, vgl. die Gesetzesbegründung BT-Drucks. 14/343, S. 16. Anders *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 123 ff., die die wesentlichen Argumente in Art. 43 Abs. 2 EGBGB und Art. 43 Abs. 3 EGBGB sieht.

wandelbares Sachstatut (Rechtsbestandsstatut) für die Begründung, die Übertragung, die rechtsgeschäftliche Inhaltsänderung und das Erlöschen dinglicher Rechte besteht.²⁶ Maßgeblicher Zeitpunkt für die Anknüpfung des Rechtsbestandsstatuts ist der Zeitpunkt der Erfüllung oder des Scheiterns der Erfüllung des letzten Tatbestandsmerkmals einer Rechtsänderung.²⁷ Das bedeutet, dass grundsätzlich für abgeschlossene Tatbestände immer nur ein und dasselbe Sachstatut maßgeblich ist, nämlich jenes, an dessen Ort sich eine Sache im Zeitpunkt einer Rechtsänderung befindet. Auf der anderen Seite besteht ein wandelbares Sachstatut (Rechtswirkungsstatut) für den Inhalt und die Wirkung (Fortbestand) bereits bestehender dinglicher Rechte.²⁸ Maßgebliches Sachstatut ist hier jeweils das Recht des Ortes, an dem der Inhalt von Rechten bestimmt wird bzw. die dinglichen Wirkungen eintreten.²⁹

Findet ein grenzüberschreitender Wechsel des Belegenheitsortes einer Sache statt, an der nach dem Recht des Herkunftsstaates (Rechtsbestandsstatut) bereits Rechte entstanden sind, kann das Recht des Aufnahme Staates zwar nicht mehr rückwirkend über das Entstehen dinglicher Rechte im Herkunftsstaat entscheiden. Die Wirkung (Fortbestand) und der Inhalt dinglicher Rechte an der Sache im Aufnahme Staat hängen jedoch von der Akzeptanz durch das neue Sachrecht (Rechtswirkungsstatut) ab. Beschränkt man die Betrachtung bei einem Statutenwechsel auf das sachenrechtliche Vollrecht Eigentum, so erscheint ein Wechsel des Statuts zunächst als unproblematisch, denn das Sacheigentum besteht mit geringen Unterschieden in denkbar jeder Rechtsordnung.³⁰ Als problematisch stellt sich ein Statutenwechsel dagegen dar, wenn es um den Fortbestand³¹ von besitzlosen Mobiliarsicherheiten geht.³² Im Gegensatz zum Eigentum und zu durch Besitz geprägten Mobiliarsicherheiten³³ sind die besitzlosen Mobiliarsicherheiten in verschiedenen Rechtssystemen sehr unterschiedlich ausgestaltet.³⁴ Zudem bewirkt das im deutschen materiellen Sachenrecht geltende Prinzip des *numerus clausus*³⁵, dass dem inländischen Recht nur der Katalog der im

²⁶ *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 128.

²⁷ Ebd.; v. *Hoffmann/Thorn*, IPR, § 12 Rn. 7; *Kegel/Schurig*, IPR, § 19 III; BGHZ 39, S. 173, 174; BGH NJW 1991, S. 1415; *Junker*, RIW 2000, 241, 251 mit Verweis auf die Gesetzesbegründung.

²⁸ *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB/Rn. 129 f.

²⁹ *Kropholler*, IPR, § 54 III 1 b); *Kegel/Schurig*, IPR, § 19 III.

³⁰ *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 41; *Kaden*, ZfRV 1961, 193, 194.

³¹ Im Gange der folgenden Darstellung wird im Zusammenhang mit der Anerkennung fremder dinglicher Rechte durch das Rechtswirkungsstatut auch vereinfacht der Begriff „Bestand“ anstatt „Fortbestand“ verwendet.

³² *Stoll* in: Staudinger, Internationales Sachenrecht, Rn. 359.

³³ Vgl. *Kieninger*, Mobiliarsicherheiten im Europäischen Binnenmarkt, S. 23.

³⁴ Vgl. etwa *Coing*, ZfRV 1967, 65, 71 ff.; *Drobnig*, RabelsZ 38 (1974), 468, 471 ff.; *Kieninger*, Mobiliarsicherheiten im Europäischen Binnenmarkt, S. 23 ff.

³⁵ *Baur/Stürner*, Sachenrecht, § 1 Rn. 7; *Westermann/Gursky/Eickmann*, Sachenrecht, § 2 Rn. 15.

Inland bekannten dinglichen Rechte geläufig ist. Das wiederum bedeutet, dass die Akzeptanz unbekannter besitzloser Mobiliarsicherheiten durch eine fremde Rechtsordnung nicht immer gewährleistet ist.³⁶ Zwar erscheint die deutsche Rechtsordnung in ihrer Ausformung durch die Rechtsprechung großzügig, was die Akzeptanz ausländischer besitzloser Mobiliarsicherheiten angeht.³⁷ Doch folgt die Rechtsprechung keiner klaren Linie.³⁸ Ob die deutsche Rechtspraxis also tatsächlich großzügig bei der Beurteilung des (Fort-)Bestands ausländischer Mobiliarsicherheitsrechte in der deutschen Rechtsordnung ist, gilt es näher zu untersuchen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwiefern wissenschaftliche Konzepte zur Integration von ausländischen Mobiliarsicherheitsrechten im Inland bestehen und inwieweit diese zum Zwecke der Wirkungserstreckung ausländischer dinglicher Rechte auf das Inland zu Nutzen gemacht werden können.

II. Dogmatische Einordnung: Konstellationen des *conflict mobile*

1. Schlichter Statutenwechsel

In der Wissenschaft haben sich im Zusammenhang mit der Problematik des Statutenwechsels im internationalen Sachenrecht im Wesentlichen zwei Fallgruppen herausgebildet. Dies sind auf der einen Seite die schlichten Statutenwechsel und auf der anderen Seite die qualifizierten Statutenwechsel.³⁹ Die Terminologie des schlichten und qualifizierten Statutenwechsels gründet auf der Einteilung der Fälle des Statutenwechsels in abgeschlossene (schlichte) und offene (qualifizierte) Tatbestände.⁴⁰ In der Frage was im Einzelnen unter abgeschlos-

³⁶ So wird z. B. in Deutschland begründetes Sicherungseigentum in Österreich nicht anerkannt, vgl. OGH JBl. 1984, S. 550 Anm. *Schwimann* = IPRax 1985, 165, 168 Aufsatz *Martiny*; genauso verhält es sich mit einem in Deutschland mündlich oder schriftlich vereinbarten Eigentumsvorbehalt in Frankreich, Trib. civ. Straßburg Rev. crit. dr. i. p. 48 (1959), S. 95; vgl. auch *Kropholler*, IPR, § 54 III 1 a) sowie *Kegel/Schurig*, IPR, § 19 III.

³⁷ Vgl. zum französischen besitzlosen Registerpfandrecht BGHZ 39, S. 173 = IPRspr. 1962–63 Nr. 60; zum italienischen relativ wirkenden Eigentumsvorbehalt BGHZ 45, S. 95, 97; zur papiergebundenen italienischen Automobil-Hypothek BGH NJW 1991, S. 1415, 1416 = IPRax 1993, S. 176, 157 Aufsatz *Kreuzer*; vgl. auch *Stoll* in: Staudinger, Internationales Sachenrecht, Rn. 359, 361 (hier jedoch mit Zweifeln an der Anerkennung ausländischer besitzloser Mobiliarsicherheiten, die zur Absicherung eines Geldkredits bestellt wurden); *Kropholler*, IPR, § 54 III 1 a); *Kegel/Schurig*, IPR, § 19 III; *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 159 m. w. N.

³⁸ *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 159.

³⁹ Vgl. zur Einteilung in schlichte und qualifizierte Statutenwechsel etwa *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 136 ff.; *Kropholler*, IPR, § 54 III.

⁴⁰ *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 136 ff.; *Kropholler*, IPR, § 54 III. Eine Einteilung in abgeschlossene und offene Tatbestände nehmen auch *v. Hoffmann/Thorn*, IPR, § 12 Rn. 29 ff. vor, die begrifflich jedoch nicht von schlichten und qualifizierten Statutenwechseln sprechen. Anders *Stoll* in: Staudinger, Internationales Sachenrecht, Rn. 352 f., der zum qualifizierten Statutenwechsel lediglich „internationale Verkehrsgeschäfte“ (zu diesem Begriff vgl. ebd. Rn. 288) zählt und alle übrigen Tatbestände, seien sie sowohl nach

senen und offenen Tatbeständen zu verstehen ist, herrscht in der Wissenschaft jedoch Uneinigkeit. Die Uneinigkeit liegt dabei in der Frage danach, was unter dem Begriff „abgeschlossener Tatbestand“ zu verstehen ist.

Zunächst einmal sind abgeschlossene Tatbestände im Gegensatz zu offenen Tatbeständen solche, bei denen die Verfügung über ein dingliches Recht von einer Rechtsordnung als entweder positiv oder negativ abgeschlossen bewertet wird. Positiv abgeschlossen ist ein Tatbestand dann, wenn eine Verfügung über ein dingliches Recht stattgefunden hat und sich damit die dingliche Rechtslage an einer Sache geändert hat.⁴¹ Negativ abgeschlossen ist ein Tatbestand dagegen dann, wenn eine Verfügung endgültig gescheitert ist, die dingliche Rechtslage an einer Sache sich folglich nicht geändert hat.⁴² Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung eines Tatbestandes ist dabei der Moment der Grenzüberschreitung der Sache. Ausgehend von dieser Prämisse werden von einer Ansicht den abgeschlossenen Tatbeständen all diejenigen Sachverhalte unterstellt, die das alte Recht (das Recht des Herkunftslandes) als abgeschlossen qualifiziert, unabhängig davon, wie das neue Recht (das Recht des Staates des neuen Belegenheitsortes) den Sachverhalt beurteilt.⁴³ Nach einer anderen Ansicht dagegen zählen zu den abgeschlossenen Tatbeständen nur solche, die sowohl nach altem als auch nach neuem Recht als abgeschlossen gelten.⁴⁴ Dieser letztgenannten Ansicht soll auch hier gefolgt werden. Nur die Beschränkung des Begriffes „abgeschlossener Tatbestand“ auf solche Sachverhalte, die sowohl nach altem (Herkunfts-) als auch nach neuem (Belegenheits-)Recht als abgeschlossen gelten, rechtfertigt letztlich die Subsumtion solcher Fälle unter den Begriff des schlichten Statutenwechsels und grenzt diese Sachverhalte auch eindeutig von allen übrigen Sachverhaltskonstellationen ab.

Herkunftsrecht oder/und neuem Belegenheitsrecht offen oder abgeschlossen, der Gruppe des schlichten Statutenwechsels zuordnet. Diesem Verständnis soll hier nicht gefolgt werden, da zum einen die begriffliche Einordnung von offenen Tatbeständen als schlichte oder qualifizierte Statutenwechsel von der Definition des Begriffes der „internationalen Verkehrsgeschäfte“ abhängig gemacht wird und folglich auch von der Erfüllung der Voraussetzungen dieser Definition. Zum anderen sorgt dies begrifflich für Verwirrung, da in der Folge – wie bereits dargestellt – offene Tatbestände sowohl dem schlichten als auch dem qualifizierten Statutenwechsel zugeordnet werden können.

⁴¹ *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 134.

⁴² Ebd.

⁴³ So *Kropholler*, IPR, § 54 III. So wohl auch v. *Hoffmann/Thorn*, IPR, § 12 Rn. 30 ff., die jedoch nicht ganz einheitlich zunächst suggerieren, dass altes sowie neues Recht einen Tatbestand als abgeschlossen beurteilen müssen, um dies sogleich wieder hinsichtlich des neuen Rechts zu revidieren, vgl. Rn. 30, 33.

⁴⁴ So *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 136, die hier von einem Statutenwechsel des „Typs G-G“, (ab-)geschlossen-(ab-)geschlossen, spricht.

2. Qualifizierter Statutenwechsel

Folgt man der soeben vorgenommenen Einteilung von schlichtem und qualifiziertem Statutenwechsel, so verbleiben konsequenterweise drei Tatbestandskonstellationen bzw. Fallgruppen, die nicht dem schlichten Statutenwechsel zuzuordnen sind. Diese Konstellationen werden nach der hier vertretenen Ansicht dem qualifizierten Statutenwechsel zugeordnet. Es handelt sich dabei um die drei folgenden Konstellationen: Die erste Konstellation ist die, in der beide Rechtsordnungen, die Rechtsordnung des Herkunftsstaates sowie die des Staates des neuen Belegenheitsortes der Sache, den Tatbestand als offen deklarieren („Typ O-O“, offen-offen).⁴⁵ Die zweite Konstellation umfasst jene Fälle, in denen der Tatbestand nach der Rechtsordnung des Herkunftsstaates als offen gilt, nach der Rechtsordnung des neuen Belegenheitsortes dagegen als (ab-)geschlossen zu qualifizieren ist („Typ O-G“, offen-[ab-]geschlossen).⁴⁶ Die dritte und letzte Konstellation betrifft die Fälle, in denen nach dem Recht des Herkunftsstaates der Tatbestand (ab-)geschlossen ist, nach dem Recht des neuen Belegenheitsortes jedoch noch offen ist („Typ G-O“, [ab-]geschlossen-offen).⁴⁷

3. Fazit

Zum Zwecke der Einordnung des Problemfeldes der Anerkennung fremder bereits unter der Rechtsordnung eines anderen Staates entstandener besitzloser Mobiliarsicherheiten in eine der Fallgruppen ist zunächst festzustellen, dass diese Fälle nur solche Konstellationen betreffen, in denen ein Tatbestand bereits nach dem Recht des Herkunftsstaates *positiv* abgeschlossen ist. Dies folgt aus dem einfachen Schluss, dass ansonsten nicht die Möglichkeit einer Anerkennung von bestehenden Rechten bestünde. Ob der Tatbestand nach dem Recht des neuen Belegenheitsortes gleichsam als abgeschlossen oder als offen gilt, ist dagegen für den Bestand von bereits unter altem Recht entstandenen dinglichen Rechten unerheblich.⁴⁸ Dies folgt aus der Spaltung des Sachstatuts in Rechtsbestands- und Rechtswirkungsstatut. Wie sich dies auf die Anerkennung fremder Sicherheiten auswirkt und damit auf den Fortbestand von Rechten unter dem Rechtswirkungsstatut, ist jedoch eine andere Frage, auf die im Rahmen der Untersuchungen zu Art. 43 Abs. 1 EGBGB und Art. 43 Abs. 2 EGBGB noch einzugehen ist.⁴⁹ Die Fälle der Anerkennung fremder bereits unter der Rechts-

⁴⁵ Vgl. *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 137, 160 ff.

⁴⁶ Vgl. *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 138, 163 ff.

⁴⁷ Vgl. *Wendehorst* in: MüKo, BGB Band 12, Art. 43 EGBGB Rn. 138, 166 ff. Im Bereich dieser Fallgruppe liegt auch der Regelungszweck von Art. 43 Abs. 3 EGBGB. Siehe hierzu später unter 2. Teil 3. Kapitel A. II. 3. c) (S. 71).

⁴⁸ Vgl. auch *Thorn* in: Palandt, BGB, Art. 43 EGBGB Rn. 6.

⁴⁹ Vgl. hierzu unter 2. Teil 2. Kapitel (S. 60 ff.). Es wird sich im Rahmen der späteren Erörterungen noch zeigen, dass mit einer Anerkennung ausländischer besitzloser Mobiliarsicherheiten im inländischen Recht eher dann zu rechnen ist, wenn sowohl das Herkunftsrecht als

ordnung eines anderen Staates entstandener besitzloser Mobiliarsicherheiten sind somit den Fallgruppen „Typ G-G“ und „Typ G-O“ zuzuordnen. Folglich können diese Fälle sowohl dem schlichten als auch dem qualifizierten Statutenwechsel zugeordnet werden.

3. Kapitel: Problemaufriss: Die unionsrechtliche Problematik des Konflikts der *lex rei sitae* und der Grundfreiheiten

Die im 4. Teil dieser Arbeit folgende Untersuchung widmet sich der Frage, inwiefern das deutsche und europäische Kollisionsrecht und das deutsche materielle Sachenrecht in Sachverhalten des *conflict mobile* im Konflikt mit den Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes stehen. An dieser Stelle sollen einleitend und in der gebotenen Kürze zunächst die dogmatischen Grundlagen für eine später folgende Analyse dargelegt werden. Auch wird eine kurze Einführung in die sich in diesem Rahmen stellende Problematik gegeben.

A. Die Grundfreiheiten des AEUV

1. Formal-rechtliche Einordnung

Die Grundfreiheiten der Europäischen Union sind in den Artikeln 28 ff. des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union⁵⁰ kodifiziert. Sie sind zentraler Baustein des Binnenmarktkonzepts der Europäischen Union, das in Art. 26 AEUV kodifiziert ist.⁵¹ Die Errichtung eines europäischen Marktes ohne Binnengrenzen ist wiederum „eines der zentralen Ziele“⁵² der Europäischen Union. Deutlich wird die Bedeutung der Grundfreiheiten für den Binnenmarkt vor allem an Art. 26 Abs. 2 AEUV, der eine Legaldefinition des Binnenmarktes aufstellt.⁵³ Die hierin enthaltene Definition bedient sich letztlich der Grundfreiheiten zur Umschreibung des Begriffes Binnenmarkt.

1. Kategorisierung

Inhaltlich-sachlich lassen sich die Grundfreiheiten in fünf Kategorien einteilen: Die Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 ff. AEUV), die Dienstleistungsverkehrsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV), die Niederlassungsfreiheit (Art. 45 ff. AEUV), die Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 ff. AEUV) und die Freizugfreiheit (Art. 45 ff. AEUV). Die Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 ff. AEUV) ist die grundlegendste Freiheit, da sie auch das Recht des Aufnahmestaates gleiche oder ähnliche Voraussetzungen für die Begründung eines dinglichen Rechts aufweisen und die Wirkungen des dinglichen Rechts in beiden Rechtsordnungen ähnlich sind.

⁵⁰ Im Folgenden kurz AEUV.

⁵¹ Streinz, Europarecht, Rn. 807.

⁵² Streinz, Europarecht, Rn. 807; Korte in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, Art. 26 AEUV Rn. 14 spricht gar von dem „Herzstück der europäischen Integration“; vgl. auch Art. 3 Abs. 3 UAbs. 1 S. 1 EUV.

⁵³ Kotzur in: Geiger/Khan/Kotzur, EUV/AEUV, Art. 26 AEUV Rn. 4; Schröder in: Streinz, EUV/AEUV, Art. 26 AEUV Rn. 19; Korte in: Calliess/Ruffert, EUV/AEUV, Art. 26 AEUV Rn. 21 ff.

Sachverzeichnis

- Absonderungsrecht 28, 36, 55, 161,
218 ff., 247, 249, 251, 253 f., 271,
272, 282 f., 286, 314 ff., 324, 327, 337,
354 f., 360, 365 ff., 371 ff., 381, 382,
385, 388 f.
- Äganderättsförbehåll 156, 169 ff., 176 ff.,
184 f., 194 ff., 207 ff., 221, 236, 245,
264, 284 f., 328, 336, 341, 380
- Äquivalenz, *siehe unter* funktionale
Äquivalenz
- Analogie 124 f., 189, 216, 219, 364
– Gesetzesanalogie 124
– Rechtsanalogie 124
- Anerkennungstheorie 60, 63, 81 ff., 85,
109 ff., 112, 131 ff., 134 f., 146, 149 f.,
166, 188, 307, 322, 363 f., 379 f.
- Angemessenheit, *siehe unter* Grund-
freiheiten
- Anpassung 63, 105, 110, 111, 112, 116 ff.,
149, 204 ff., 215 f., 219 ff., 240, 242 ff.,
248, 249 ff., 266 ff., 275, 285 f., 322 ff.,
363 f., 380, 381
- Ärtetagandeförbehåll 156 f., 171 f., 176
- Aussonderungsrecht 36, 55, 57 f., 125,
211 f., 217, 219, 251 f., 315, 327,
354 f., 366, 367, 390
- Bestimmtheitsgrundsatz 170, 175, 228 f.,
230, 263, 266, 268 f., 270, 277 f., 278,
279 f., 284, 286, 350 f., 352 f., 355,
356, 361 f., 362 f., 364, 370 ff., 372,
381 f., 386
- Binnenmarkt 3, 10, 12, 20, 21, 33, 34,
131, 135, 287 f., 288 f., 291, 297, 322,
366, 377, 378, 391
- Bolagsverk 259, 273
- Cassis de Dijon-Rechtsprechung, *siehe*
unter Europäischer Gerichtshof
- conflict mobile* 5, 7 ff., 10, 20, 25, 27,
59, 60, 65, 66, 79, 83 ff., 88, 95 f., 97,
100 f., 104, 106, 113 f., 116, 118, 120,
121, 123, 128 ff., 131, 134, 137, 138,
155, 163, 165, 167, 204 f., 216, 219,
287 ff., 295, 302 f., 320, 376, 383, 387,
389, 391
- Dassonville-Rechtsprechung, *siehe unter*
Europäischer Gerichtshof
- DCFR 389
- Dienstleistungsverkehrsfreiheit 11, 13,
305, 316 ff., 320, 375 ff., 378
- Draft Common Frame of Reference, *siehe*
unter DCFR
- Drittwiderrspruchsklage 22, 28, 29, 36,
199 f., 201 f., 203, 206, 239, 242 ff.,
280, 314, 315, 327
- effet de purge*, *siehe unter* Theorie vom
effet de purge
- EGBGB 4, 9, 14 f., 17 ff., 25, 33, 42,
60 ff., 69, 71, 75, 77 f., 81, 84, 97, 105,
111 f., 118, 126 ff., 130, 150, 151, 153,
154, 155, 156, 157 ff., 161 ff., 165, 189,
193, 288, 292, 296, 307 ff., 314, 324,
343, 376, 379, 387
- Eigentumsvorbehalt
– allgemein 39 f., 41, 43 ff., 73 ff., 76 ff.,
78 ff., 306, 330
– belgischer 72 f.
– deutscher 2, 3, 7, 24, 31, 86, 100,
151 ff., 154, 173 ff., 181 ff., 183 f.,
185 ff., 188 ff., 193 f., 198 ff., 200 ff.,
206, 211 ff., 213 ff., 217 ff., 233 f.,
284 f., 348, 349, 380, 391
– englischer 65 ff.
– italienischer 67 ff., 104
- Eingriff, *siehe unter* Grundfreiheiten

- Erforderlichkeit, *siehe unter* Grundfreiheiten
- EU-Binnenmarkt, *siehe unter* Binnenmarkt
- EU-Primärrecht 15, 297, 304, 305, 309, 357, 358, 383 f.
- Europäische Insolvenzverordnung 13, 15, 34 f., 37 ff., 117, 168, 297, 307, 314, 367, 378, 383 ff., 387 f.
- Europäischer Gerichtshof 11, 14, 15, 16 f., 41, 56, 289, 297, 301 ff., 306, 309 ff., 312 f., 316 ff., 322, 324, 326 ff., 331, 334 f., 337 f., 340 f., 342, 344 f., 356 f., 359 f., 364 f., 376, 382, 383
- „Cassis de Dijon“ 320, 344 f., 356
 - „Dassonville“ 298, 319, 325 f., 333, 334, 335, 344, 345, 382
 - „Keck“ 311, 313, 317, 320, 325, 326, 344
 - „Krantz“ 334 f., 337, 338, 340, 341
 - „Mickelsson“ 326, 328, 331, 335, 340
 - „Senior Home“ 42, 56
- EU-Sekundärrecht 15, 297, 304 f., 383 f.
- Fahrzeugbrief 89, 187, 191 f., 285
- Förmånsrätt* 161, 181, 197, 202 f., 251, 271 ff., 280 ff.
- Förmånsrättslag* 161, 181, 197, 202 f., 251, 271 f., 276, 279, 280 ff., 371, 388
- Företagshypotek* 2, 20, 41, 43, 159 f., 161 ff., 167, 180 f., 257 ff., 286, 287 f., 293, 321, 322, 328, 331, 332, 337 ff., 341, 350, 355 f., 360 ff., 364, 368 ff., 376, 378, 381 f., 382 f., 385 f., 388 f.
- funktionale Äquivalenz 65, 68, 71, 81, 86 ff., 89, 100, 103 f., 107, 109, 115 f., 119, 131 ff., 148 f., 166, 188, 190 ff., 201 ff., 214 f., 233 ff., 240 ff., 249, 322, 379 f.
- Geeignetheit, *siehe unter* Grundfreiheiten
- Globalsicherheit 278, 382
- Grundfreiheiten 10 ff., 21, 26, 104, 105, 130, 287 ff., 383 ff.
- Eingriff 16 f., 288 f., 297, 298, 304, 306 ff., 344 f., 354, 356, 363, 372 f., 374, 378, 382 f.
 - Rechtfertigung 16 f., 304, 306, 310 f., 325, 342 ff.
 - Schutzbereich 16 f., 288 f., 297 ff., 305, 306, 310, 333, 363, 374, 375 ff., 382
 - Verhältnismäßigkeit 17, 356 ff.
 - Angemessenheit 356 ff., 364 ff.
 - Erforderlichkeit 356 f., 363 f.
 - Geeignetheit 356, 357, 359 ff.
- Gültigkeitsvorlage 383
- gutgläubiger Erwerb 2, 22, 88, 92, 136 f., 143 ff., 148, 164, 167, 184 ff., 197, 202, 204 f., 210, 212 f., 214 f., 231 ff., 238 f., 241, 243, 244 f., 246, 255, 264 f., 267 ff., 270 f., 283, 284 f., 288, 314, 336 f., 347, 348, 354, 381, 389
- beweglicher Sachen 22, 88, 92, 136 f., 143 ff., 164, 184 ff., 197, 202, 204 f., 210, 212 f., 214 f., 231 ff., 238 f., 241, 243, 244 f., 246, 255, 264 f., 267 ff., 283, 284 f., 288, 314, 336 f., 347, 348, 354, 381
 - unbeweglicher Sachen 270 f.
- (Hand-)Pfandrecht, *siehe unter* Pfandrecht
- Hinnahmetheorie, *siehe unter* Anerkennungstheorie
- Hypothek 262 f., 302, 381
- Insolvenzstatut 34 f., 50, 58 f., 212
- Insolvenzverwalter 39, 56 ff., 59, 164 f., 168, 208, 209, 210, 211 ff., 214, 217 f., 218 f., 219, 245, 246, 247, 249 ff., 253 f., 268, 281, 282, 283, 286, 337, 340, 366, 367, 369, 381
- Institut international pour l'unification du droit, *siehe unter* UNIDROIT
- internationales Insolvenzrecht 5, 15, 27, 37, 40, 41, 45, 287, 292, 295, 307, 308 f., 363, 368, 379, 383 f., 387
- internationales Sachenrecht 4, 5 ff., 10, 14, 27, 32 f., 40, 85, 97, 100, 106, 114, 118, 137, 146, 148, 151, 204, 288, 289, 292, 295, 379, 387
- internationales Zivilverfahrensrecht 4 f., 13 f., 27, 34, 87, 97, 314
- italienische Autohypothek 63, 84, 85 ff., 89, 90 f., 93, 101, 103, 105, 165, 269
- iudex procedit lege fori* 20, 34, 37, 65, 87

- Kapitalverkehrsfreiheit 11, 288, 296 ff., 374, 378, 382 ff.
- Keck-Rechtsprechung, *siehe unter* Europäischer Gerichtshof
- Konfliktlösung
– *de lege ferenda* 384, 387 ff.
– *de lege lata* 384 ff.
- Konkurslag 161 f., 164, 207 ff., 245 f., 281
- Kraftfahrzeugbrief, *siehe unter* Fahrzeugbrief
- „Krantz“, *siehe unter* Europäischer Gerichtshof
- Kronofogdemyndighet 159, 164, 195, 222, 236 f., 245, 251, 273, 274
- Lag (2008:990) om företagshypotek 160, 161
- Lag (1845:50) om handel med lösören, som köparen låter i säljarens vård kvarbliva 158, 169
- lex causae 33, 34, 117, 136, 148 ff., 166, 380
- lex fori 27 ff., 97, 110, 116 f., 120, 168
- lex fori concursus 37 ff., 168
- lex originis 118, 129, 130, 292 f., 321
- lex rei sitae 19, 20, 27, 28, 29, 31 f., 33 f., 39 ff., 44, 45, 52, 53, 56 f., 58, 59 f., 75, 77, 79, 94, 98, 100, 101, 114, 117, 118, 130, 131, 152, 155, 163, 168, 212, 287, 289 ff., 308, 314, 316, 343, 353, 378, 379
- „Mickelsson“, *siehe unter* Europäischer Gerichtshof
- Nichtigkeitsklage 15, 383
- numerus clausus 6 f., 108, 110, 117, 131, 149, 189, 290, 321, 346 f., 349, 351 ff., 355 f., 364, 367 f., 372 f.
- ordre public 67, 80, 85, 94 ff., 98, 102, 111 f., 126 ff., 296
- Personalsicherheiten 1, 330
- Pfändungspfandrecht, *siehe unter* Pfandrecht
- Pfandrecht 2, 7, 30 f., 36, 80 f., 81 ff., 85, 87, 88 ff., 91, 93, 95, 96, 97 f., 99, 100, 101 f., 102 f., 134, 147, 152, 154 f., 158, 162, 175, 197, 199, 202, 203, 220, 221, 232, 248, 251 ff., 254 ff., 257, 258, 260 ff., 265, 272, 276 ff., 283, 303, 305, 315 f., 354, 381, 385 f., 388
- (Faust-)Pfandrecht/(Hand-)Pfandrecht 2, 30 f., 36, 87, 91, 93, 95, 100, 134, 147, 152, 154, 197, 248, 251, 254, 261 f., 277, 279, 315, 381
- Pfändungspfandrecht 36, 199, 248, 254 f., 283, 315
- Vermieterpfandrecht 30, 36, 91, 175, 248, 254 ff., 276, 277, 278, 283, 388
- Werkunternehmerpfandrecht 95, 254, 256, 283
- Primärrecht, *siehe unter* EU-Primärrecht
- Publizitätsprinzip 296, 347 ff., 351 ff.
- Rang (des Unionsrechts), *siehe unter* Unionsrecht
- Realsicherheiten 1 f.
- Recht auf abgesonderte Befriedigung, *siehe unter* Absonderungsrecht
- Recht auf Aussonderung, *siehe unter* Aussonderungsrecht
- Recht auf vorzugsweise Befriedigung 28, 30, 36, 80, 126, 161, 197, 202, 239, 272, 276, 278 f., 282 f., 314 ff., 327, 339, 382
- Rechtfertigung, *siehe unter* Grundfreiheiten
- Rechtsbestandsstatut 5 f., 31, 32, 60 ff., 66, 77, 83, 103, 106, 109 f., 119 ff., 121, 123, 137 f., 146 f., 148, 163, 165, 379, 387 f.
- Rechtswirkungsstatut 5 f., 9, 32, 59, 60 ff., 66, 77, 83 f., 100, 103, 106, 109 f., 114, 119 ff., 131, 137 f., 146 f., 148, 163, 165, 204, 379
- Regelungskompetenz 391
- Sachstatut 4, 5 f., 9, 25, 32 f., 35, 59, 60 ff., 67, 68 f., 77, 79, 80, 94, 96, 97 f., 101, 103, 106, 110, 120, 137, 146, 148, 189, 201, 212, 275, 284, 285 f., 303, 312, 322, 328, 331, 363, 379
- Schutzbereich, *siehe unter* Grundfreiheiten

- Säkerhetsöverlåtelse* 157 ff., 221 ff., 264, 285 f., 328, 336 f., 341, 354 ff., 360, 364, 365 ff., 380 f.
- Sekundärrecht, *siehe unter* EU-Sekundärrecht
- „Senior Home“, *siehe unter* Europäischer Gerichtshof
- separationsrätt* 207 ff., 237, 245, 249 ff., 265, 271, 354 f.
- Sicherungseigentum, *siehe unter* Sicherungsübereignung
- Sicherungsübereignung 2 f., 7, 20, 24, 27, 36, 41, 42 f., 46, 47, 53, 73 f., 84, 86 ff., 89 ff., 153 f., 167, 174, 182, 183, 187, 189, 194, 206, 218 ff., 220, 223 f., 224 f., 228 f., 229 ff., 232 ff., 239 f., 240 ff., 247 f., 248 ff., 266 f., 269, 285 f., 303, 306, 324, 336 f., 337 f., 348, 349, 360, 361 f., 363, 371 ff., 380 f., 386, 391
- Spezialitätsprinzip, *siehe unter* Bestimmtheitsgrundsatz
- Straßenverkehr, *siehe unter* Verkehr
- Straßenverkehrsmittel 4, 17 ff.
- „Strickmaschinenfall“ 67 ff., 71, 74 f., 76 f., 79, 104, 376
- Substituierbarkeit 112, 115, 131, 133, 188, 190 ff., 201 ff., 214 f., 233 ff., 240 ff., 248 f.
- Substitution 63, 81, 109, 112 ff., 119, 131 ff., 135 ff., 142 f., 146 f., 149, 166 f., 169, 188 ff., 200 ff., 213 ff., 218 f., 233 ff., 240 ff., 248 f., 265 f., 285 f., 321 ff., 363, 380, 381
- Substitutionsfähigkeit 115, 143, 166, 188 f., 200 f., 213 f., 233, 240, 248
- Theorie vom *effet de purge* 105 f., 116, 134 f., 146, 148
- Transposition, *siehe unter* Transpositionstheorie
- Transpositionstheorie 31, 60, 62 ff., 82, 84, 86, 88, 89 f., 93, 100 f., 103, 106 f., 107 ff., 110, 111, 112, 113 f., 116, 133 f., 135, 138, 148 f., 165 f., 288, 379
- selektive Transposition 62, 107 ff., 110, 113, 116, 133 f., 138, 149, 166, 379
- Typenzwang, *siehe unter* *numerus clausus*
- UNCITRAL 389 f.
- UNIDROIT 389
- Unionsrecht 4, 10 ff., 21, 26, 35, 42, 48, 54, 130, 287 ff., 382 ff.
- Rang 13 ff.
- unmittelbare Wirkung 11 ff.
- United Nations Commission on International Trade Law, *siehe unter* UNCITRAL
- unmittelbare Wirkung (von Grundfreiheiten), *siehe unter* Unionsrecht
- Utsökningsbalk* 23 f., 162, 164, 169, 195 ff., 207, 210 f., 236 ff., 241 f., 246, 250, 271, 273 ff., 279 ff.
- Vägtrafikregister* 185, 231, 234
- Verhältnismäßigkeit, *siehe unter* Grundfreiheiten
- Verkehr 3 f., 19, 26, 199, 287 f., 296 ff., 302, 305 f., 342, 375, 377
- Vermieterpfandrecht, *siehe unter* Pfandrecht
- Verordnung (EU) Nr. 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren, *siehe unter* Europäische Insolvenzverordnung
- Verordnung über Insolvenzverfahren, *siehe unter* Europäische Insolvenzverordnung
- Vorbehaltseigentum, *siehe unter* Eigentumsvorbehalt
- Vorrang (des Unionsrechts), *siehe unter* Unionsrecht
- Warenverkehrsfreiheit 10 ff., 288, 298, 300 ff., 304, 306, 308, 311, 316 ff., 325 f., 328, 333 f., 341, 343, 344 f., 374 ff.
- Werkunternehmerpfandrecht, *siehe unter* Pfandrecht